Arbeiter-Zeitung

Das Abonnement
der täglich (außer an Sonn- und Festtagen) erscheinenden „Arbeiter-Zeitung" mit Unterhaltungsbeilage kostet monatlich frei ins Haus 90 Pfg. Expedition und Redaktion: Dortmund Kielstraße 5. Fernsprecher 913 und 914.

Sozialdemokratisches Organ
für das östliche industrielle Ruhrgebiet.
Verbreitungsgebiet: die Reichstagswahlkreise
Dortmund-Hörde, Hamm-Soest
sowie Arnsberg, Lüdinghausen, Münster, Tecklenburg.
Publikations-Organ der freien Gewerkschaften.

Inserate
kosten die siebengespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Pfennig, bei dreimaliger Wiederholung Rabatt. Inserate müssen bis 4 Uhr in der Expedition abgegeben sein. Kleine Anzeigen nur bei Vorausbezahlung.

Nr. 287. | Dortmund, Donnerstag, den 7. Dezember 1916. | 26. Jahrg.

Ueber die Antwort des Reichskanzlers auf Greys Rede

erteilt das Unterhausmitglied Genosse Philipp Snowden im „Labour Leader", dem Organ der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, vom 16. November:

Herrn von Bethmann-Hollwegs Erwiderung an Lord Grey ist eine Aeußerung, die den Kriegsverlauf und die künftigen internationalen Beziehungen tief beeinflussen muß. Wie alle seine Reden seit Kriegsausbruch war auch diese ausgezeichnet durch **Aufrichtigkeit und Klarheit**, Eigenschaften, die die Aeußerungen der Staatsmänner der Verbandsmächte bedauerlicherweise vermissen lassen. Seine Antwort an Grey bezüglich der russischen Mobilisierung war so **kategorisch und beweiskräftig**, daß unser Auswärtiges Amt diesen Teil der Rede nicht ohne unverzügliche Entgegnung lassen darf.

Das Beweismaterial gegen Rußland — als die für den Kriegsausbruch in erster Linie verantwortliche Macht — ist im Lichte der veröffentlichten diplomatischen Aktenstücke von jeher in hohem Maße belastend erschienen. Berücksichtigt man dies, sowie die unbestreitbare Tatsache, daß die Verbandsmächte jetzt den Krieg nicht für Defensiv-, sondern für Offensivzwecke im Interesse Rußlands, Frankreichs und Italiens, besonders aber Rußlands führen, so besteht wenig Zweifel, daß das Urteil der Geschichte über die Ursache dieses Krieges Rußland einen beträchtlichen Teil der Verantwortung zuschieben wird. Wenn auch unsere eigene Regierung es ablehnt, irgendwelche Mitteilungen über das Maß unserer Verpflichtungen gegenüber Rußland zu machen, so liegt doch reichliches indirektes Beweismaterial dafür vor, daß wir uns dazu verpflichtet haben, den Krieg fortzusetzen, bis Rußland sich gewisse, lang erstrebte Gebietserwerbungen gesichert hat. **Unser Botschafter in Petersburg sagte vor wenigen Tagen** (am 9. November), **wir müßten Rußland für seine Dienste im Kriege belohnen.** Aus allem zurzeit verfügbaren Material geht nur das eine deutlich hervor, daß der ganze uns bisher von Rußland geleistete Dienst lediglich darin besteht, **England in diesen entsetzlichen Krieg verstrickt zu haben, der uns bisher ungefähr eine Million blutige Verluste und über 3000 Millionen Pfund gekostet hat.**

Der Kanzler stellte in seiner Rede kürzlich fest, die deutsche Regierung besitze absolut glaubwürdige Informationen darüber, daß die Verbandsmächte im vorigen Jahre Rußland als Gewinn Konstantinopel, beide Ufer des Bosporus und einen Teil des asiatischen Hinterlandes zusicherten. Wir haben ein Recht, zu wissen, ob dies die Wahrheit ist; und wenn das so ist, so mag das Land entscheiden, ob es fortfahren will, Gut und Blut für die russische Angriffspolitik zu opfern und neue Gebiete unter russischen Despotismus zu bringen.

Die Bereitschaftserklärung des Kanzlers, die Friedensbedingungen zu erörtern, ist in so bestimmte Worte gekleidet, daß sie unmittelbare Folgen haben müßte, wenn von seiten des Verbandes irgendein Wunsch bestehen sollte, den Krieg auf gerechter Grundlage zu beenden. Der Kanzler erklärt, daß Deutschland einen nationalen Verteidigungskrieg führt, daß es keine Eroberungen will, daher bereit ist, das besetzte Gebiet im Westen herauszugeben und aus Polen einen eigenen Staat gegenüber der russischen Bedrohung zu machen. Noch wichtiger aber: er erklärt, daß Deutschland bereit ist, Garantien für seine friedlichen Absichten zu geben, indem es einem internationalen Friedensbund der Völker beitritt. **In dieser Erklärung des deutschen Reichskanzlers ist alles das zugestanden, was unsere Regierung öffentlich als Kriegsziele Englands bezeichnet hat.** Und Asquith und Lord Grey haben jegliche Absicht, Deutschland zu vernichten und zu zerstückeln, von sich gewiesen und haben erklärt, daß sie einzig und allein beabsichtigen, Europa von der Drohung des preußischen Militarismus zu befreien und die Unabhängigkeit der eroberten Gebiete wiederherzustellen! Diese Bedingungen sind vom deutschen Kanzler zugestanden, und für die weitere Fortsetzung des Krieges um auch nur einen Tag bleibt kein ehrlicher Grund bestehen.

Die Aufnahme der deutschen Kanzlerrede in der englischen Presse im allgemeinen ist empörend gewesen, und dies ist ein zwingender Beweis dafür, daß **es eine Reihe von Leuten in unserem Lande gibt, die keinen verständigen Frieden wollen, sondern den Krieg in der Hoffnung auf eine völlige Zertrümmerung Deutschlands zu verlängern wünschen.** Diese militaristische und aggressive Gesinnung ist die wahre Gefahr für den Frieden Europas. Wenn man diese Gesinnung Einfluß auf die Regierung gewinnen läßt, so wird der Krieg nur mit einem unsicheren und unehrenhaften Frieden enden können. Wenn die Verbandsmächte nach ihren Beteuerungen selbstloser und moralischer Absichten jetzt trotz der von Deutschland gemachten Anerbietungen den Krieg fortsetzen, wird sich die öffentliche Meinung der gesamten neutralen Welt gegen sie wenden. **Die goldene Möglichkeit, dem Krieg ein Ende zu bereiten, ist durch die Rede des Kanzlers gegeben: schwer wird die Verantwortung auf denen lasten, die diese günstige Gelegenheit verschmähen!**

*

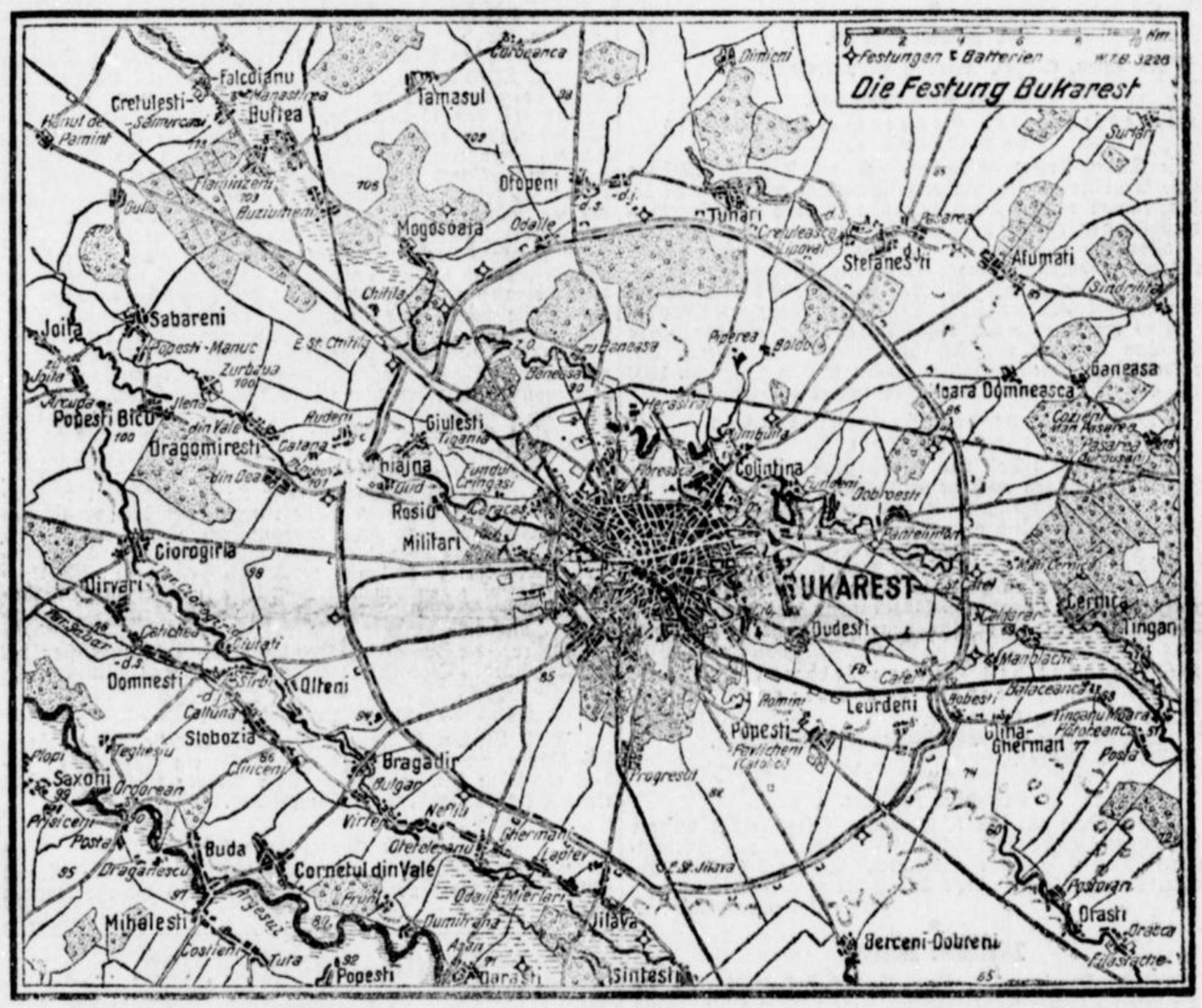
Leider ist der Kreis von Genossen und Friedensfreunden, der sich um Snowden schart, nicht groß; er hat im Gegenteil zu leiden und wird fanatisch verfolgt. Wie weit der Kampf gegen Snowden getrieben wird, ist aus folgender Mitteilung zu ersehen die soeben veröffentlicht wird:

Der englische sozialistische Arbeiterabgeordnete Philipp Snowden, Vertreter von Blackburn, hat gegenwärtig von Hyndman, Burgeß und den übrigen Mitgliedern der Nationalen sozialistischen Partei viel zu leiden. Josef Burgeß tritt nunmehr als sein Gegenkandidat auf und sammelt zu diesem Zwecke Geld bei Konservativen und Liberalen. Der Glasgower „Forward" hat von dieser Geldbettelei Wind bekommen und klagte Burgeß an, daß er mit „Tory-Gold" seinen Kampf gegen Snowden führen wolle. Burgeß fand es unter diesen Umständen für angezeigt, seine unerlaubten Machenschaften einzugestehen. In der „Justice" vom 23. November 1916 schreibt er wörtlich:

„. . . Um Hilfe für meinen Wahlkampf zu erhalten, habe ich mich an meine schottischen Freunde, die ich als Pro-Alliierte kenne, brieflich gewandt. Einige von ihnen sind konservativ, einige sind liberal und einer ist sozialistisch. . . . Ich fahre nach Blackburn als sozialistischer Kandidat und ich werde an alle Wähler appellieren, mögen sie konservativ oder liberal sein, wenn sie nur meine Ansicht teilen, daß Snowdens Tätigkeit den Erfolg unserer Waffen in diesem Kriege schädigt."

Soweit hat es der Kriegsfanatismus in England gebracht, daß ein Mann wie Burgeß um konservative und liberale Hilfe anfleht, um Philipp Snowden bei allen nächsten Wahlen zu schlagen, um die einzige sozialistische Friedensstimme im englischen Parlament zu ersticken.

Bukarest und Ploesti genommen.



WTB **Berlin**, 6. Dez. (Amtlich.) Bukarest ist genommen. Seine Majestät der Kaiser haben Allerhöchst aus diesem Anlaß in Preußen und Elsaß-Lothringen am 6. Dezember 1916 Salutschießen, Flaggen und Kirchengeläut angeordnet.

*

Deutscher Abendbericht.

WTB **Berlin**, 6. Dez., abends. (Amtlich.) Bukarest und Ploesti sind genommen.

*

Bukarest, die Hauptstadt Rumäniens, ist in die Hände der Mittelmächte gefallen. Die Festung ist ohne Verteidigung den Siegern übergeben worden. Die Machthaber Rumäniens sind davor zurückgeschreckt, Bukarest in einen Trümmerhaufen verwandeln zu lassen. Obwohl es zu den stärksten Festungen der Welt gerechnet wird, es hätte seinem Schicksal ebensowenig entgehen können wie Lüttich, Antwerpen usw. Die kluge Einsicht, Bukarest ohne Kampf auszuliefern, muß man loben. Hätten die Machthaber Rumäniens vor gut drei Monaten nur noch etwas mehr Einsicht besessen! Seit der Kriegserklärung, die in der Nacht vom 27. zum 28. August erfolgte, sind genau 100 Tage verflossen. Rumänien scheint seinem Schicksal unrettbar verfallen. Die Treulosigkeit und Bundesbrüchigkeit der rumänischen Regierung hat sich bitter gerächt. Rumänien wollte die Entscheidung geben im Weltkriege zu Gunsten der Ententemächte, es wollte ohne besondere Opfer wieder profitieren, wie es im Balkankriege geschehen war. Jetzt liegt es bald gebrochen am Boden, ein abschreckendes Beispiel für andere Neutralen, die den Lockungen Englands nur schwer widerstehen können.

*

Ueber die Festung Bukarest erfahren wir folgendes:

Der Ausbau derselben erfolgte in den Jahren 1893/95 nach den Plänen des belgischen Generals Brialmont. Die Festung hat 18 Forts und 18 Panzerbatterien mit einem 12 Kilometer weiten Gürtel, dessen Umfang etwa 71 Kilometer beträgt. Die Forts sind mit trockenen Gräben umgeben und mit zwei 21 Zentimeter-Haubitzen, drei bis vier 15 Zentimeter-Kanonen in den Panzertürmen, sowie mit 5,7 Zentimeter-Kanonen zur Bestreichung der Gräben versehen. Die Werke zeigen die Gestalt eines flachen Dreiecks. Als Artilleriematerial zeigen sie zwei 21 Zentimeter-Haubitzen und eine 15 Zentimeter-Kanone, zum Teil auch 5,7 Zentimeter-Schnellfeuerkanonen in versenkbaren Türmen. Für die Festung waren außerdem vorgesehen eine Menge anderer Geschütze, die nach Bedarf aufgestellt werden können und die vielleicht zum Teil bei der Mobilmachung zur Bildung der schweren Artillerie des Feldheeres herangezogen worden sind. Für den Ausbau der Festung sollen, wie von feindlicher Seite gemeldet wurde, 6000 Zivilarbeiter herangezogen worden sein. Wie ferner berichtet wird, beträgt die Gesamtzahl der seit Beginn des Krieges gemachten rumänischen Gefangenen rund 100 000 Mann.

*

Wird König Ferdinand abdanken?

TU **Lugano**, 7. Dez. Die italienische Presse verzeichnet das Gerücht, der König von Rumänien wolle nach schweren Konflikten mit Bratianu, Berthelot und dem russischen Gesandten Massolow, abdanken.

*

Bevorstehender Zusammentritt des rumänischen Parlaments.

TU **Genf**, 7. Dez. In Jassy wird nach einer Meldung der „Agence Fournier" das rumänische Parlament zusammentreten. Die Abgeordneten sind gleichzeitig mit den Ministern und den Spitzen der obersten Staatsämter, sowie den Präsidenten des Senats und der Kammer dort eingetroffen.

*

Deutscher Tagesbericht.

WTB **Großes Hauptquartier**, 6. Dez. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von auch gestern zeitweilig stärkerem Artilleriekampf im Sommegebiet keine besonderen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Stellungen an der Narajowka lagen unter lebhaftem Feuer russischer Artillerie.

Heeresfront des Generaloberſten Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpathen griff der Russe nördlich des Tartarenpasses und viermal an der Ludova an. Seine neuen Opfer an Menschen brachten ihm keinen Erfolg. Die Gefangenenzahl aus den für uns günstigen Kämpfen am Werch Debry erhöhte sich auf 275 Mann, die Beute auf 5 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer.

Im Trotusul-Tale wurde starker russischer Druck gegen die

vordersten Linien in der vorbereiteten, unweit rückwärts gelegenen zweiten Stellung aufgefangen.

Nördlich des Ojtoz-Passes gelang die Wegnahme eines russischen Stützpunktes bei geringem eigenem Verlust. 60 Gefangene blieben in der Hand der deutschen Angreifer.

Im Bazka-Tal südöstlich des Beckens von Kezdivazarein brachte ein von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen ausgeführter Handstreich ein beträchtliches Stück rumänischer Stellung mit 2 Offizieren, über 80 Mann und viel dort aufgestapelter Munition in unseren Besitz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die siegreich vordringende 9. Armee nähert sich kämpfend der Bahn Bukarest-Ploesti-Campina.

Unter der Einwirkung dieser Bewegung räumte der Gegner seine Stellung nördlich von Sinaia, das am Abend von österreichisch-ungarischen Truppen nach Kampf genommen wurde.

Die Donau-Armee hat die auf dem Südufer des Argesul noch von Rumänen besetzten Orte gesäubert. Sie ist im Vordringen auf Bukarest.

An der Donau sind russische Angriffe von Osten her zurückgeschlagen worden.

Die unter Oberst von Szivo in der südwestlichen Walachei den in Auflösung weichenden rumänischen Kräften folgenden österreichisch-ungarischen Truppen haben den Gegner am Alt zum Kampf gestellt.

Der Feind, dem auf dem Ostufer des Flusses der Weg verlegt ist, hat gestern 26 Offiziere, 1600 Mann als Gefangene und 4 Geschütze eingebüßt.

Außer dieser Zahl sind am 5. Dezember über 4400 Rumänen gefangen genommen.

An der Bahn nordwestlich von Bukarest fielen bedeutende Weizenvorräte in unsere Hand, die von der englischen Regierung angekauft und durch Schilder als solche gekennzeichnet waren.

An der Dobrudscha-Front herrscht Ruhe.

Mazedonische Front.

In den Gefechten bei Gradesnica östlich der Cerna blieben bulgarische Regimenter Sieger über die Serben, die anfangs in einen Teil der Stellung eingedrungen waren.

Weiter südlich sind neue Kämpfe im Gange.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

*

Der Wiener Bericht.

WTB Wien, 6. Dez. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Donau-Armee schlug westlich der Argesul-Mündung russische Angriffe ab und säuberte südwestlich von Bukarest die Ortschaften am rechten Flußufer. Die siegreich vordringenden österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen des Generals von Falkenhayn näherten sich der von Bukarest über Ploesti nach Campina führenden Bahn. Oesterreichisch-ungarische Truppen warfen, in nördlicher Richtung vorstoßend, den Feind bei Sinaia und besetzten den Ort. Die Kampfgruppe des Obersten von Szivo erreichte in der West-Walachei, die abgeschnittenen rumänischen Truppen vor sich hertreibend, den unteren Alt. Hier kam es zu neuen Gefechten, wobei wir 26 Offiziere, 1600 Mann, 4 Geschütze und 3 Maschinengewehre einbrachten.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In dem Baszka-Tal und nordwestlich von Soos-Mazoe wurden den Rumänen wichtige Stützpunkte entrissen, wobei sie 150 Mann, 2 Maschinengewehre und verschiedenes Kriegsgerät einbüßten. Nordwestlich von Sulta drängte uns ein starker russischer Angriff in die ein Kilometer westlich angelegte zweite Linie zurück. Im Ludovagebiet und nordwestlich des Tartarenpasses scheiterten alle russischen Angriffe. Am 3. Dezember bewarf ein K. und K. Flugzeuggeschwader die Baracken lager von Ciungi mit Bomben; es erzielte, ohne selbst Schaden zu leiden, mehrere Treffer.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

*

Ereignisse zur See.

In der Nacht auf den 5. Dezember belegte eines unserer Seeflugzeuggeschwader die militärischen Objekte von Monfalcone mit schweren Bomben erfolgreich. Trotz des heftigen Abwehrfeuers sind alle Flugzeuge unverfehrt eingerückt.

Flottenkommando.

*

Türkischer Bericht.

WTB Konstantinopel, 5. Dez. Amtlicher Heeresbericht. An der persischen und der Kaukasusfront keine wichtigen Ereignisse. Ein englischer Doppeldecker wurde durch unser Feuer an der syrischen Küste bei Remle abgeschossen; Führer und Beobachter wurden gefangen genommen. Wir verhinderten Landungsversuche des Feindes bei Akaba, sowie einen von ihm unternommenen Versuch an der Küste des Golfes von Akaba die französische Fahne zu hissen; die Fahne wurde von uns erbeutet. Unser Vormarsch in der Richtung von Tenbu auf Hedschas schreitet fort. Die Zahl der Gefangenen und die von unseren Truppen, die an der großen Schlacht am Argesul, nördlich der Donau, teilnahmen, gemachte Beute beläuft sich auf 60 Offiziere, 3600 Mann und 3 vollkommen ausgerüstete Feldbatterien. Die elf in unserem gestrigen Bericht gemeldeten Kanonen sind in dieser Zahl nicht einbegriffen.

*

Die Vorgänge in Griechenland.

WTB London, 5. Dez. (Reuter.) Aus Athen wird berichtet, daß die Truppen der Alliierten am 1. Dezember beim Beziehen der ihnen angewiesenen Stellungen in eine Falle geraten seien. Sie hätten sich in einem gegebenen Augenblick von 25 000 Griechen umzingelt gesehen, ehe überhaupt ein Schuß gelöst werden konnte. Die Uebergabe oder Vernichtung der Garnison im Zappeion nach Aufhören des Waffenstillstandes sei nur dadurch verhindert worden, daß ein französisches Kriegsschiff mit außerordentlicher Genauigkeit ein paar Granaten dicht neben dem Königlichen Palast einschlagen ließ. Die Verluste der Engländer betrugen acht Tote und 48 Verwundete. Seit Beendigung des Waffenstillstandes haben die Griechen wieder die Kontrolle über Post, Telegraphen und Eisenbahnen. Am Sonnabend wurden 1000 Venizelisten verhaftet.

Die englische Ministerkrise.

London, 5. Dez. Premierminister Asquith hat dem König sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Der König ließ Bonar Law zu sich bitten.

London, 5. Dez. Reuter. Der König hat das Rücktrittsgesuch des Premierministers Asquith angenommen.

*

Ueber die Bedeutung der jetzigen Ministerkrise wird uns noch geschrieben: Die Ministerkrise hat sowohl äußere wie innere Ursachen. Aeußerlich ist sie die Folge der Selbsttäuschung des britischen Volkes über die Kriegslage und über die inneren Zustände Deutschlands. Kaum war die Sommeoffensive im Gange, als die englische Presse, des Sieges absolut sicher, mit allem Eifer daran ging, die den besiegten Feinden aufzuerlegenden Friedensbedingungen zu behandeln und in langen Artikeln auseinanderzusetzen. Die siegesfrohe Stimmung erreichte ihre höchste Potenz mit dem Anschluß Rumäniens an die Verbandsmächte. Der Sieg schien nicht nur sicher, sondern auch so nahe gerückt zu sein, daß die englische Regierung jede Andeutung an eine neutrale Friedensvermittlung als einen feindlichen Akt betrachtete. England beschäftigte sich nicht mehr mit dem Frieden, sondern mit dem Problem der dauernden Niederhaltung des geschlagenen Deutschlands.

Die Monate Oktober und November brachten die Ernüchterung. Die magere Kriegsbilanz an der Somme: die in der Kriegsgeschichte beispiellos dastehenden Blutopfer und der geringe Geländegewinn, der Stillstand der russischen Offensive und der deutsche Vormarsch in Rumänien konnte nicht verfehlen, England zur Besinnung zu bringen. Als dann noch der neue U-Bootkrieg seine verheerende Wirkung auf die feindlichen und die neutralen Handelsmarinen auszuüben begann, und als ebendrein die deutschen Torpedoboote kühne Vorstöße nach dem Kanal bis Dover und Folkestone unternahm, da bemächtigte sich des englischen Volkes ein tiefes Unbehagen, das in scharfen kritischen Feldzügen gegen die Leiter der auswärtigen Politik, der Armee und der Flotte seinen Ausdruck fand. Die politische Depression wurde noch vertieft durch die weitverbreitete, fast rebellische Unzufriedenheit der Volksmassen über die rasche Steigerung der Nahrungsmittelpreise, sowie über die wachsenden fortgesetzten Anforderungen der Regierung an das Gut und Blut der Nation.

Die imperialistisch-schutzzöllnerische Presse zögerte nicht, diese Stimmungen auszunützen und sie zu Explosivstoffen gegen die liberalen Ueberreste der Regierung zu verdichten. Das Kabinett Asquith, das aus den allgemeinen Wahlen des Jahres 1911 hervorgegangen war, trat am 4. August 1914 in den Krieg ein. Schon am 2. August sandten die Führer der konservativen Fraktion dem Ministerpräsidenten ein Memorandum, in dem sie ihn aufforderten, sich unverzüglich Frankreich und Rußland anzuschließen und Deutschland den Krieg zu erklären. Das geschah also zu einer Zeit, wo von einer deutschen Invasion Belgiens noch nicht die Rede war. Mit dem Fortgang des Krieges wuchs der Einfluß der Konservativen, bis die liberale Regierung im Mai 1915 gezwungen war, sich in eine Koalitionsregierung zu verwandeln. Nachdem die Konservativen im Kabinett Fuß gefaßt hatten, waren sie unablässig bemüht, die liberalen Elemente vollständig zu verdrängen. Ihr Intrigenspiel war vollständig durchsichtig. Neben dem Wirken für die Rückkehr zum Schutzzoll machten sie die skrupellosesten Anstrengungen, den Liberalismus praktisch zu ersetzen, indem sie die Demagogen der Demokratie, des Sozialismus und der Frauenbewegung in den Kampf gegen die Asquith, Grey und Haldane führten. Lloyd George, den Campell-Bannerman einst als den David des unverfälschten Liberalismus bezeichnete, der dazu ausersehen sei, den Goliath der Reaktion niederzuwerfen, schloß sich der Kabale gegen seine liberalen Kollegen an und erwies sich als deren trefflicher Minierer. Hyndman und Burgeß in der „Justice" und in öffentlichen Versammlungen, Blatchford in der „Clarion", die Pankhursts in den Frauenorganen führten seit Monaten einen überaus heftigen Kampf gegen die „deutschfreundliche" Regierung. Und die Zensur schweigt. Lord Grey wird als Verräter gebrandmarkt, Lord Haldane als Potsdamist, Asquith als ein impotenter Schwätzer. Und doch haben diese liberalen Minister alle Opfer des Intellekts gebracht, die die „Daily Mail", der „Observer" und die „Morning Post" von ihnen verlangt hatten! Die Liberalen haben doch folgende Maßnahmen bewilligt: allgemeine Wehrpflicht, Unterdrückung der Preisfreiheit, Beschränkung des Versammlungsrechts, Schutzzollbeschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, Beschränkung des Asylrechts, Aufhebung der Habeascorpusakte, — kurz, die großen Garantien und die traditionellen Grundlagen der englischen Freiheit sind mit Zustimmung der Liberalen für die Dauer des Krieges teils aufgehoben, teils beschränkt worden.

Also es geht aufs Ganze. Der Krieg, der von der englischen Regierung angeblich geführt wird, um den preußischen Militarismus zu vernichten, wird in den Händen der Konservativen zu einem vernichtenden Feldzug gegen den Liberalismus. Der Krieg Englands erhält jetzt seinen reinsten Ausdruck: Kampf gegen den wirtschaftlichen und maritimen Aufschwung Deutschlands; Kampf gegen die letzten Reste des englischen Liberalismus.

Dieser Krieg im Kriege neigt sich zusehends zugunsten der Konservativen. Dies ist der Sinn der englischen Ministerkrise.

*

Bonar Law lehnt ab.

WTB London, 6. Dez. „Westminster Gazette" hat erfahren, daß Bonar Law des Königs Einladung, ein Kabinett zu bilden, abgelehnt hat, da er sich außer Stande fühle, das Amt eines Premierministers zu übernehmen.

*

Lloyd George beim König.

WTB Amsterdam, 6. Dez., 5 Uhr 30 Min. abends. Reuter meldet aus London: Der König hat Lloyd George kommen lassen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

WTB Berlin, 6. Dezember.

Am Ministertische: von Schorlemer.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Die Besprechung der

Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Minister Frhr. v. Schorlemer: In den gestrigen Verhandlungen wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß wir auch bei einem baldigen Friedensschluß noch keine geregelte Friedenswirtschaft haben und deshalb auf unsere Produktion in der Hauptsache angewiesen sein werden. Es kommt nicht allein darauf an, daß die vorhandenen Vorräte beschlagnahmt und verteilt, sondern daß auch neue Vorräte erzeugt werden. (Zustimmung.) Aus diesem Grunde müssen alle wirtschaftlichen Maßnahmen unter der Parole erfolgen „Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung". (Bravo! rechts.) Diese Ansicht wird auch vom Kriegsernährungsamt und vom Kriegsamt geteilt. Die Landwirtschaft muß vor allem die erforderliche Arbeiterzahl erhalten; da infolge des Kriegsdienstpflichtgesetzes die Landwirtschaft aus anderen gewerblichen Betrieben Arbeiter nicht mehr wird erhalten können, so sollen die Gefangenen in ausreichender Zahl herangezogen werden. Der Landwirtschaft müssen die notwendigen Pferde und Gespanne belassen werden. Außerordentlich wichtig ist die Beschaffung von Stickstoff. Das Oswaldsche Verfahren ist noch nicht abgeschlossen; befriedigende Resultate sind bisher noch nicht erzielt. Wir müssen daher die Stickstoffabriken ausbauen und vermehren. Auch die kleinen Landwirte erhalten die Möglichkeit, Düngemittel zu erwerben. Die Verordnung über den Zuckerrübenbau wird hoffentlich dazu beitragen, daß der Rübenbau nicht zurückgeht. Das Steigen des Zuckerpreises von 32 auf 38—40 Pfg. kann gegenüber der Preissteigerung für die anderen Lebensmittel immer noch erträglich genannt werden. Die Landwirtschaft, die bisher unter schwierigen Verhältnissen ihre Schuldigkeit tat, wird auch künftig gegenüber den anderen Erwerbsständen und dem Vaterlande in diesem Kriege ihre Pflicht erfüllen. Der Hindenburgbrief hat überall in der Landwirtschaft vollen Erfolg gehabt. An alle Deutschen ergeht der Ruf „zur Versorgung unserer Schwer- und Munitionsarbeiter". Ich freue mich, daß in der Kommission von seiner Seite einem Produktionszwange der Landwirtschaft das Wort geredet wurde, und unterschreibe die vortrefflichen Ausführungen von Kaliski in den „Sozialistischen Monatsheften" über den Produktionszwang in der Landwirtschaft. Die wirtschaftlichen Nöte unserer Gegner haben einen hohen Grad erreicht. Wir stehen weit besser da, und so wird es hoffentlich auch künftig bleiben. Deshalb vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Abg. **Braun** (Soz.):

Bisher wurde mehr von den Ansprüchen der Produzenten als denen der Konsumenten gesprochen. Alle Siege nützen uns nichts, wenn das Heer und die heimische Bevölkerung nicht genügend ernährt werden. Die Behauptung, es bedürfe nur einer letzten Anstrengung von uns, um unsere Gegner einer wirtschaftlichen Katastrophe entgegenzuführen, ist ein Trugschluß. Die Hauptsache bleibt, die Lebensmittel zu angemessenen Preisen zu verteilen. Darin hat man es vielfach an der nötigen Voraussicht und Vorbereitung fehlen lassen. Wir müssen zur sozialistischen Wirtschaft übergehen. Unser Antrag betr. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter mit den gewerblichen ist in der Kommission abgelehnt worden und unser Antrag auf Herabsetzung der Lebensmittelpreise hat heute nicht einmal die nötige Unterstützung gefunden. Auf dem Kartoffelmarkte zeigen sich große Mißstände. Die Kartoffel ist vorhanden, aber es fehlt an der richtigen Verteilung. In der Kundgebung des deutschen Landwirtschaftsrates ist von schamloser Verdächtigung der Landwirtschaft die Rede. Einen solchen Vorwurf weisen wir mit aller Schärfe zurück und werden nicht davon ablassen, den Lebensmittelwucher zu kritisieren, wo immer wir ihm begegnen. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes wird gegen die skandalösen Gänsepreise erst einschreiten, wenn die Gans 300 Mark kostet. Dann ist es aber wirklich zu spät. Wir verlangen eine einheitliche Bewirtschaftung der hauptsächlichsten Lebensmittel, sowie einen energischen Abbau der Lebensmittelpreise. Weil es in der Landwirtschaft an der freiwilligen Hingabe an das Vaterland fehlt, wird die Preisschraube immer fester angezogen und deshalb muß auch mit dem Anbauzwang angefangen werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Oertzen** (k.): Der Vorwurf des Vorredners, daß die Landwirtschaft Wucherpreise nimmt, weise ich mit Entrüstung zurück. Einzelne Preisübertreibungen dürfen nicht verallgemeinert werden. Die Landwirtschaft hat dafür gesorgt, daß wir eine wirkliche Not nicht haben. Die Rübenpreise müssen so weit erhöht werden, daß sie wenigstens die Produktionskosten decken. Mit den Abschlachtungen muß vorsichtig vorgegangen werden, um die nötige Reserve zu behalten. Dem Antrag der Kommission zu den Ernährungsfragen stimmen wir in allen Punkten zu. Wir müssen alles daran setzen, um in der Ernährungsfrage den Schwierigkeiten Herr zu werden. Hindenburg hat an die Opferwilligkeit der Bevölkerung appelliert. Diese Opferwilligkeit wird dazu beitragen, daß wir den Krieg gewinnen und auch in wirtschaftlicher Beziehung siegen. (Beifall.)

Abg. **Delius** (V. P.): Bei der Kartoffelzufuhr finden immer noch große Stockungen statt, namentlich haben die Großstädte darunter zu leiden. Durch die Erhöhung der Rübenpreise darf keine zu große Belastung des Konsums eintreten. Mißständen im Milchhandel muß energisch entgegengetreten werden. Die ungeheuren Preise für Gänse müssen auf das richtige Maß zurückgeführt werden unter Einbeziehung in die Fleischkarte. Unser Volk ist fest entschlossen, auch in wirtschaftlicher Beziehung durchzuhalten. Dies wird aber stark beeinträchtigt durch die Beobachtung, daß Kreise des Volkes nicht so schwer zu leiden haben wie die große Masse. Wir halten eine Herabsetzung der Rindviehpreise, die der Präsident des Kriegsernährungsamts für das Frühjahr in Aussicht genommen hat, für erwünscht und haben einen entsprechenden Antrag gestellt. Mit den Fischpreisen wird ein skandalöser Wucher getrieben. Wir bitten um Annahme unseres Antrages, wonach ein Vertreter des preußischen Städtetages in den Vorstand des Kriegsernährungsamts berufen werden soll.

Persönlich bemerkt der Abg. Braun (Soz.), er habe nicht die Landwirtschaft und den Handel des Wuchers bezichtigt, sondern nur einzelne Personen, die in beiden Berufen tatsächlich Wucher getrieben haben.

Die Anträge der Kommission zu den Ernährungsfragen werden angenommen, ebenso die fortschrittlichen Anträge betr. Berufung eines Vertreters des Preußischen Städtetages in den Vorstand des Ernährungsamts und betr. Festsetzung der Strafen durch die Polizei für Verstöße gegen die Bundesratsverordnungen.

Die übrigen fortschrittlichen Anträge werden abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Teuerungszulagen an Beamte, Wohnungsgesetz, Hibernia-vorlage.

Politische Uebersicht.

7. Dezember.

Ein Getreidemonopol?

Unterstaatssekretär Michaelis, der Leiter der Reichsgetreidestelle, hielt im Festsaal der Kgl. Universität einen Vortrag über das Thema: Reichsgetreide jetzt und später. Im Verlaufe dieses Vortrages führte er aus:

„Für die Uebergangszeit nach dem Abschluß des Krieges, die auf mehrere Jahre zu berechnen ist, sei es unerläßlich, daß die Reichsgetreidestelle sowie die Beschlagnahme und die Rationierung bestehen bleibe. **Es sei eine falsche Vorstellung, daß mit Friedensschluß die Nahrungssorgen behoben sein werden, und daß über die wieder geöffneten Grenzen alles hereinströme, was wir entbehren. Den Nachbarländern, sowohl den feindlichen als den neutralen, geht es schlechter als uns und sie werden sich eben so langsam erholen.** Selbst Amerika drohe mit Ausfuhrverboten. Eine Besserung werde nur allmählich eintreten und es sei falsch, zu rufen: „Gebt uns Friede, gebt uns Brot!" **Durch den Friedensschluß würden die Nahrungssorgen zunächst nicht verringert.** Ob in der weiteren Zukunft unter Benutzung der Erfahrungen der Kriegs- und Uebergangsjahre die Bewirtschaftung des inländischen oder aus dem Auslande eingeführten Getreides staatlich erfaßt und verwertet werde, sei eine noch völlig offene Frage. Sie werde nicht für das Getreide allein zu lösen sein, man müsse sich an den Gedanken gewöhnen, daß **nach Friedensschluß die Reichsausgaben sich vervierfachen, wenn nicht gar verfünffachen werden.** Unter dem ungeheuren Druck, welchen die Verschlechterung unserer öffentlichen und daneben der Einzelwirtschaften hervorrufen werde, **werden wir genötigt sein, zur Wiederherstellung eines geordneten Wirtschaftslebens uns an Begriffe zu gewöhnen, welche wir ohne diese Not und diesen Zwang weit von uns weisen würden.** Ob man dazu kommen werde, die Erwerbung von Rohstoffen und damit auch vielleicht des Getreides gemeinwirtschaftlich zu erfassen und fiskalisch zu nutzen, oder ob es möglich sein werde, den Reichsfinanzbedarf in den bisher betretenen und nur weit ausgebauten Pfaden zu decken, stehe noch völlig dahin."

Aus den letzten Sätzen darf man wohl herauslesen, daß man den Gedanken der Einführung eines Getreidemonopols in maßgebenden Kreisen bereits erörtert hat.

Die Bedenken des Bundesrats.

Die „Tägl. Rundschau" teilt mit, daß der Bundesrat nicht ohne Bedenken in die Erhöhung der Familienunterstützungen gewilligt hat. Diese Bedenken gründeten sich vor allem auf die durch die Erhöhung veranlaßte große Mehraufwendung. Wie das Blatt hört, sind bis jetzt weit über zwei Milliarden, fast 2½ Milliarden, an derartigen Unterstützungen gezahlt worden. Weiter fürchtet man, daß die Erhöhung der Unterstützungen bei der Ausführung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst sich nachteilig geltend machen könne. Nachteilig deshalb, weil infolge der Erhöhung sich viele Unterstützten nicht veranlaßt fühlen dürften, im Hilfsdienst tätig zu sein. Ferner ist als nachteilige Folge der nunmehr bewilligten Erhöhung zu berücksichtigen, daß diese vom Reiche zugestandene Erhöhung wahrscheinlich viele Gemeinden veranlassen wird, die von ihnen bisher zu den Unterstützungen geleisteten Zuschüsse herabzusetzen. Auf diese Weise würde die Erhöhung, die das Reich bewilligt hat, durch die Maßnahmen der Gemeinden zum Teil wieder wettgemacht haben.

Diese Bedenken sind allesamt unbegründet. Die Familienunterstützung ist, an den Preisen der Lebensmittel gemessen, nicht so, daß sie zum Müssiggang verleiten könnte. Unsere Aufwendungen sinken sofort von der imponierenden Höhe herab, wenn man sie nach Köpfen berechnet. Festgestellt muß überdies noch werden, daß im Haushaltsausschuß des Reichstages Einmütigkeit darüber herrschte, daß die Erhöhung der Reichsunterstützung für die Gemeinden keinen Anlaß bieten dürfe, ihre Unterstützungssätze herabzusetzen.

Das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Trendel (Ztr.) hat bekanntlich im Reichstage eine Anfrage eingebracht, in der er darüber Beschwerde führt, daß in das Mitarbeiterkollegium des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft nur ein einziger Vertreter der Landwirtschaft berufen ist. Dem Reichskommissar sind beigegeben als Vertreter der Industrie Generaldirektor Beukenberg, Geheimrat v. Rieppel und Geheimrat Marwitz, als Vertreter des Handels die Herren Dr. Lohmann-Bremen und Geheimrat Arnhold-Berlin, als Vertreter der Reederei Direktor Helms-Bremen, endlich als Sachverständiger auf dem Gebiete der Valuta und Finanzen der frühere Direktor der Deutschen Bank, Reichstagsabg. Roland-Lücke. Als Vertreter der Landwirtschaft ist Oekonomierat Hirsch berufen worden. Die „Berl. Polit. Nachr." erklären zu der Anfrage des Zentrumsabgeordneten:

„Mit Rücksicht auf diese Zweckbestimmung, die es erforderlich erscheinen läßt, daß als Mitarbeiter nur solche Personen tätig sind, die auf den genannten Gebieten praktische Arbeit zu leisten vermögen, hat der Staatssekretär des Innern gebeten, von der Zuziehung von Angestellten und Arbeitern bei dem Reichskommissariat Abstand zu nehmen. Schließlich ist eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Tätigkeit des Reichskommissariats, daß der Kreis von Mitarbeitern nicht zu weit ausgedehnt wird. Es läge sonst die Gefahr vor, daß das Amt an Aktionsfähigkeit verliert und damit der Zweck der Organisation in Frage gestellt wird."

Es ist interessant, hier zu erfahren, daß es der Staatssekretär Dr. Helfferich ist, der von der Zuziehung von Angestellten und Arbeitern nichts wissen will. Dieser Standpunkt deckt sich mit seinem ganzen Verhalten, das er bisher im Reichstage an den Tag gelegt hat und das vielfach selbst den schärfsten Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien ausgelöst hat. Die Arbeiter und Angestellten sind an allen den Maßnahmen, die für die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft getroffen werden, ganz außerordentlich interessiert, und es wäre lediglich ein Gebot politischer Klugheit, auch Vertreter der Arbeiter und Angestellten mit zu berufen. Laß das Amt an Aktionsfähigkeit verloren hätte, wenn ihm auch Vertreter der genannten Klassen beigegeben worden wären, ist eine Behauptung, für die nicht der mindeste Beweis erbracht werden kann.

*

Auf eine Eingabe aller großen Gewerkschaftszentralen und Angestelltenverbände jeder Richtung, ferner des Bureaus für Sozialpolitik und der Gesellschaft für soziale Reform, betreffend Zuziehung von Arbeiter- und Angestelltenvertretern zu der neuen Dienststelle für Uebergangswirtschaft hat jetzt der Reichskanzler folgende Antwort gegeben, die in der „Sozialen Praxis" veröffentlicht wird:

„Berlin, den 2. Dezember 1916.

Auf die gefällige Eingabe vom 10. v. Mts. erwidere ich ergebenst, daß die Aufgabe des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft dahin begrenzt ist, daß er für die Versorgung der Industrie mit den dringendsten Rohstoffen für die ersten Monate nach Friedensschluß betraut ist. Die Ueberführung unserer Kriegswirtschaft in den Friedenszustand umfaßt zweifellos ein viel weiteres Gebiet. Dazu gehört, wie auch der Herr Staatssekretär des Innern nach der in der Eingabe angezogenen Ausschußsitzung am 14. Oktober im Reichstage erklärt hat, an erster Stelle die Arbeiterfrage. Dieser Bedeutung entsprechend wird sie im Reichsamt des Innern schon bisher bearbeitet. Es läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, ob auch hierfür eine besondere Organisation geschaffen werden muß. Sollte dies der Fall sein, so wird der Herr Staatssekretär des Innern die großen Interessentenvereinigungen, also in erster Linie die Organisationen der Arbeiter und der Angestellten hieran beteiligen.

gez. v. Bethmann Hollweg."

Abg. Dr. Spahn über die Kriegsziele.

Vor seinen Wählern in Bonn sprach Abg. Dr. Spahn über die Kriegsziele. Nach einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" sagte der Führer des Zentrums:

„Verlangt müsse werden, daß Belgien nicht das Bollwerk englischer Politik gegen uns werde. Seegeltung verlangt nicht Seegewalt. Wir können nicht zugeben, daß England das belgische Küstengebiet in die Hand bekommt. Wir wehren uns dagegen, um uns gegen Ueberfälle zu sichern. Die Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse Belgiens ist der Zukunft vorzubehalten. Den Anspruch Englands, daß nicht die Kriegslarte, sondern die Heeresstärke bei einem Friedensschluß maßgebend sein sollte, erkennen wir nicht an. Wir verlangen Friedenssicherungen, die teilweise in Gebietserweiterungen, teilweise in anderen realen Garantien bestehen. Die Frage der Grenzfestsetzung sollte mit Vorsicht erörtert werden, um nicht unnötigerweise im Auslande Beunruhigung zu verbreiten. Die Sommeschlacht hat die Kriegstechnik vor neue Aufgaben gestellt. Sie zu erfüllen, ist das Zivildienstgesetz geschaffen worden. Theoretisch stellt es eine vollständige Umgestaltung unseres wirtschaftlichen Lebens dar, praktisch wird es dazu wohl nicht kommen. Kriegswirtschaft und Volkswohlfahrt sind die Ziele des Gesetzes. Der vom Reichstage eingesetzte 15gliedrige Ausschuß wird die loyale Handhabung des Gesetzes überwachen. Wenn dann im Frühjahr nächsten Jahres die Früchte des Gesetzes sichtbar werden, dann ist hoffentlich der Weg zu Friedensverhandlungen offen. Den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Wilson, könne man sich als Friedensvermittler kaum denken. Wenn er sich auf den Standpunkt der Gegner stellt, dann müssen wir seine Friedensvermittlung ablehnen."

Der Bischof von Metz und Abbé Wetterlé.

Am 21. November schrieb die „Straßburger Post", es sei ihr berichtet worden, der ehemalige Abgeordnete Wetterlé habe gelegentlich eines Vortrages, den er im Théâtre Massenet in St. Etienne gegen die Friedensstimmung gehalten habe, u. a. gesagt: „Schon vor dem Krieg wollte er nach Frankreich übersiedeln, aber der Bischof von Metz, der auch ein Freund Frankreichs sei, habe ihm in einer Konferenz geraten, lieber noch in Deutschland zu bleiben, weil er dadurch Frankreich noch mehr nützen könne. In der Morgenausgabe vom 2. Dezember veröffentlicht nunmehr das genannte Blatt folgende, von Generalvikar Dr. Pelt unterzeichnete Zuschrift des bischöflichen Ordinariats Metz: „Nach Zeitungsberichten soll der frühere Reichstagsabgeordnete Wetterlé in einer Versammlung in St. Etienne am 29. Oktober d. J. gesagt haben, im Jahre 1910 habe er (Wetterlé) schon nach Frankreich übersiedeln wollen, aber der Bischof von Metz, der auch ein Freund von ihm sei, habe ihm damals (in einer Konferenz) geraten, lieber noch in Deutschland zu bleiben, weil er dadurch (Frankreich) viel mehr nützen könne." Diese Behauptungen Wetterlés sind durchaus unwahr. Nie hat Bischof Benzler von Metz Kenntnis gehabt von Wetterlés Vorhaben, nach Frankreich zu übersiedeln; nie hat er ihm, weder in einer Konferenz noch anderswo davon abgeraten; nie hat er freundschaftliche Beziehungen mit Wetterlé gehabt; überhaupt hat er niemals mit ihm verkehrt und hat seine Politik stets auf das entschiedenste mißbilligt. („Tremonia".)

Die Kartoffelversorgung.

WTB Berlin, 6. Dez. Die Bekanntmachung vom 1. Dezember 1916 über Kartoffeln sieht im § 1 vor, daß der Kommunalverband für die Schwerarbeiter neben der allgemeinen Kopfmenge nur ein Pfund Kartoffeln für die Zeit bis 31. Dezember und von ¾ Pfund ab 1. Januar, für die Schwerarbeiter Zulagemengen von 1 Pfund bezw. 1¼ Pfund anfordern kann. Diese Bestimmung ist zum Teil falsch aufgefaßt worden. Sie gibt lediglich den Verteilungsmaßstab für die Zuweisung der Gesamtmenge von Kartoffeln an die Kommunalverbände. Bei der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse muß die Bestimmung, wie die verfügbaren Zulagemengen auf die einzelnen Gruppen der zu Versorgenden zu verteilen ist, dem pflichtgemäßen Ermessen der Kommunalverbände überlassen werden.

Oesterreich-Ungarn.

Kaiser Karl wünscht das Wiederaufleben der Verfassungsmäßigkeit.

TU Budapest, 6. Dez. Der Präsident des Reichsrats, Dr. Sylvester, erklärte in einer Unterredung mit dem Wiener Mitarbeiter des „Az Est", daß die Räumung des Parlamentsgebäudes bereits vollzogen sei. Gestern sei der letzte Verwundete aus dem Parlamentsspital transportiert worden. Die Renovierungsarbeiten würden noch zwei Wochen in Anspruch nehmen. Der Termin der Einberufung des Hauses sei noch unbestimmt, da vorher Ministerpräsident Dr. Körber mit den Parlamentsführern eine Einigung erzielen müsse. Das Wiederaufleben der Verfassungsmäßigkeit sei ein direkter Wunsch Kaiser Karls. Der Kaiser habe Körber aufgefordert, ihm Vorschläge zu unterbreiten, in welcher Weise eine ersprießliche Tätigkeit der Volksvertretung gesichert werden könne. Der Kaiser äußerte den Wunsch, daß es bald gelingen möge, die Tätigkeit des Reichsrats wieder aufzunehmen.

Holland.

Hollands Margarine-Industrie.

Amsterdam, 5. Dez. Zu den niederländischen Unternehmungen, die aus dem Krieg Gewinn gezogen haben, gehört vor allem die Margarine-Industrie. Die Ausfuhr von Margarine betrug 1913: 71 000 Tonnen, 1914: 79 000, 1915: 139 000, 1916 (10 Monate): 120 000. Die Ausfuhr hat sich also gegenüber 1913 mehr als verdoppelt. Diese erhöhte Ausfuhr läßt Holland ausschließlich England zu gute kommen. Die Ausfuhr nach England betrug 1913: 65 000 Tonnen, 1914: 72 000, 1915: 104 000, 1916: schon in den ersten zehn Monaten nicht weniger als 123 000 Tonnen. Dagegen hat Deutschland in diesem Jahre aus Holland bis jetzt nur etwa 2000 Tonnen Margarine erhalten.

England.

Ein neues englisches Freiwilligengesetz.

TU **Haag**, 6. Dez. Das englische Oberhaus hat am Donnerstag ein neues Freiwilligengesetz angenommen, wonach ungefähr 50 000 Mann freiwillige Truppen ausgebildet werden sollen, denen besondere Vorteile eingeräumt werden. Eine Altersgrenze wird nicht festgesetzt; lediglich militärische Tauglichkeit wird verlangt. Die Einübung dieser Truppen soll in der Weise erfolgen, daß die einzelnen Freiwilligen möglichst in der Nähe ihres Wohnortes ausgebildet werden. Diese erhalten 2 Pfund pro Monat. Lord Derby erklärte, wenn die Freiwilligen an die Front gingen, würden sie an nicht besonders exponierten Stellen verwendet werden. Diejenigen, die nicht zur Front gingen, sollen eine Armee zur Verteidigung der Insel selbst bilden.

Aus dem Wahlkreis Dortmund-Hörde.

Dortmund, 7. Dezember.

* **Kriegsliebesdienst.** Der Verein Deutscher Zuckerhändler E. V. Magdeburg hat wie in jedem der beiden ersten Kriegsjahre, so auch in diesem Jahre wiederum einen Betrag von 3000 Mk. für Kriegswohlfahrtszwecke bereit gestellt. Hiervon erhielt die Stadt Dortmund erneut eine Spende von 300 Mk.

* **Als Beethoven-Abend** findet bekanntlich am nächsten Sonntag das 2. Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters statt, das große künstlerische Genüsse verspricht. Wir machen die Arbeiterschaft nochmals auf die Veranstaltung aufmerksam und bemerken, daß Karten (im Vorverkauf 40 Pfg.) allerorts bei den Vertrauensleuten und in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen, sowie in unserer Buchhandlung und auf dem Parteisekretariat zu haben sind. Der Besuch des Konzerts sei wärmstens empfohlen.

* **Haupt-Wochenmarkt.** Der gestrige Markt unterschied sich von seinen Vorgängern wie gewöhnlich nur durch höhere Preise und geringere Zufuhr. Für Steckrüben werden schon wieder 8 Pfg. genommen; wir vermißten den billigeren Verkauf der Stadt, die sich heute ganz auf Fische geworfen hatte. Weiße Rüben kosteten 8 und 10 Pfg. Auf der Hansastraße kam ein ganzer Waggon zum Verkauf, wo für 10 Pfund 65 Pfg. und den Zentner 6 Mk. verlangt wurde. Wer aber weniger als 10 Pfund forderte, konnte lange warten, bis er abgefertigt wurde. Grünkohl gabs in Menge zu 15 Pfg. das Pfund, Feldsalat zu 25—35 Pfg. Holländische Zwiebeln kosten nun schon 35, Rosenkohl 70 Pfg. Für Zitronen, die früher 5—8 Pfg. kosteten, nimmt man bis 25 Pfg. Dank der Preispolitik der Reichsgemüsestelle sind Aepfel überhaupt nicht mehr zu bezahlen. Kochäpfel (als solche angeboten), in Wirklichkeit ziemlich minderwertige Wirtschaftsäpfel, mußten sogar mit 65 Pfg. bezahlt werden. Wozu haben wir eigentlich die Höchstpreise? Auf dem Kleintiermarkt sahen wir Hasen, die als holländische Ware zu 12,50 Mk. das Stück angeboten wurden, während der Höchstpreis 5,50 Mk. beträgt. Leider konnten wir keinen Beamten ausfindig machen, der die Herkunft der Hasen kontrolliert hätte. Geschlachtete Hühner kosteten 3,75, Gänse 5,50 Mk. das Pfund! Fische waren bei etwas abfallenden Preisen reichlich angeboten.

* **Ein „schlagfertiger" Händler** stand vor dem Schöffengericht in Hörde wegen Körperverletzung. Der Schlosser Meine fragte am 5. September auf dem Hörder Wochenmarkt die Ehefrau des Händlers Johann Baumgärtner aus Dortmund nach dem Preise der Einmachgurken. Da dem Meine die Preise zu hoch waren, ging er von dem Verkaufsstande fort und sagte dabei, daß es eine reine Halsabschneiderei sei, solche Preise für die kleinen Gurken zu fordern. Nun lief Baumgärtner hinter Meine her und schlug ihn derartig ins Gesicht, daß Mund und Nase bluteten. Wegen Körperverletzung wurde eine Geldstrafe von 60 Mark oder 12 Tage Gefängnis verhängt.

* **Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte das Gericht gegen die Ehefrau Westberge von hier wegen Vergehens aus § 218 des Strafgesetzbuches. Sie wurde zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.**

Amt Brambauer. In der Woche vom 7. bis 13. Dezember ds. Js. kommen auf die für diese Woche gültigen Buttermarken 25 Gr. Butter und auf die Fettmarken 35 Gr. Margarine zur Ausgabe. Ferner werden verkauft: Salz, Puddingpulver, Stockfisch, Eska, Heringe und Marmelade. Beim Verkaufe der Heringe wird der Bezirk berücksichtigt, der in der vorigen Woche keine Heringe bekommen hat. Marmelade kann genommen werden von Familien bis zu 3 Personen ½ Pfund, 4 bis 6 Personen ¾ Pfund, über 6 Personen 1 Pfund. Das Pfund Marmelade kostet 44 Pfg., das Pfund Butter 2,80 Mk. (Auslandsbutter). Der Verkauf findet in den amtlichen Verkaufsstellen Donnerstag, Freitag und Samstag dieser Woche bezirksweise, wie angeordnet, statt. Der Fleischverkauf findet Freitag und Samstag in bisheriger Weise statt. Anteilmenge, Preis pp. wird durch Aushang in den Metzgerläden noch bekannt gegeben. Das Amt läßt am Montag, den 11. d. M., im Verkaufslokale des Konsum- und Sparvereins hierselbst ein Faß Oel verkaufen. Zum Kaufe ist ein Bezugsschein erforderlich, welcher im Amtshause, Bureau 1, ausgestellt wird. Einen solchen kann zunächst nur der Bezirk Lebensmittel-Karte Nr. 1 bis 1000 Brambauer erhalten, soweit auch dieser Bezirk nicht beim letzten Oelverkaufe schon berücksichtigt worden ist. Der fehlende Teil des Amtes wird bei den nächsten Oelverteilungen berücksichtigt. Der dem Amte erneut zugewiesene Einmachzucker wird Montag, den 11. und Dienstag, den 12. d. M., in der amtlichen Verkaufsstelle beim Kaufmann Portje hierselbst verkauft und zwar am Montag Listen Nr. 1 bis 900 und Dienstag 901 bis Schluß. Anmeldungen werden noch bis Samstag dieser Woche im Amtshause, Zimmer 1, entgegengenommen. Der Zucker ist nur zum Einmachen von Kürbis bestimmt. Ich empfehle nochmals dringend, sparsam mit den erhaltenen Kartoffeln umzugehen und dieselben nach Möglichkeit durch Steckrüben und anderes Gemüse zu ersetzen. Bei der großen Kartoffelknappheit kann nicht dafür garantiert werden, ob noch viele Sendungen kommen.

Hörde. Der Bergmann Johann Breskob aus Schüren geriet auf der Zeche „Freie Vogel" so unglücklich unter Steinfall, daß er sofort getötet wurde.

Hörde. Die Ehefrau des Arbeiters Ernst Thiel hier, Goldstraße wohnhaft, hat holländische Butter eingeschmuggelt und diese, ohne die gesetzlichen Bestimmungen, welche über den Verkehr mit Auslandsware vom Bundesrat erlassen sind, zu beachten, verkauft. Sie verkaufte diese Butter ohne Fettmarken an das Publikum, hatte auch keine abgestempelte Preistafel in dem Verkaufsraume ausgehängt. Sie erhielt dafür vom hiesigen Schöffengericht eine Geldstrafe von 100 Mark, eventl. 20 Tage Gefängnis. Frau Thiel ist in einer zweiten Sache mit ihrem Kostgänger Kranzland, einem Holländer, wegen desselben Vergehens unter Anklage gestellt. Beide erhielten eine Geldstrafe von je 150 Mark, eventl. 30 Tage Gefängnis.

Sölde. Bei der am Sonntag stattgefundenen Agitation wurden 6 Bezieher für die „Arbeiterzeitung", 6 Mitglieder für den Bergarbeiterverband und 2 Mitglieder für die Partei gewonnen. Am vorhergehenden Sonntag wurden 11 Bezieher für die „Arbeiterzeitung" und 2 Mitglieder für den Bergarbeiterverband gewonnen. Die Erfolge wurden von zwei Genossen erreicht. Am nächsten Sonntag morgens 9 Uhr treffen sich die Genossen abermals an bekannter Stelle zur Agitation. Alle Genossen werden ersucht, sich daran zu beteiligen.

Amt Wellinghofen. Der Amtmann macht bekannt: An Viehbesitzer, die ein Schwein für Hausschlachtung mästen, kann voraussichtlich nochmals Gerstenschrot verteilt werden. Es werden nur Schweine berücksichtigt, die älter als 3 Monate sind. Meldungen werden entgegengenommen in der Wirtschaft Zimmermann in Niederhofen am Sonnabend, den 9. Dezember von nachmittags 2 Uhr ab in der Reihenfolge: Hachener-Ost, Wellinghofen, Niederhofen, Wichlinghofen, Lücklemberg, Hachener-West. Außerdem nehmen die Mitglieder der Nahrungsmittelkommission Meldungen entgegen.

Schwerte. Von Freitag ab kommen auf der Strecke Schwerte—Hierlohn die Züge 1,44 Uhr nachm. ab Schwerte und 2,31 Uhr ab Hierlohn in Fortfall.

Barop. Der Verkauf von Butter und Margarine an die Bewohner der Gemeinde Barop geschieht in der laufenden Woche in nachstehender Reihenfolge: Donnerstag den 7. Dezember, von 8—10 Uhr vormittags: Provinzialstraße von Nr. 1—30; von 10—12 Uhr: Nr. 31 bis zum Schluß; von 2—3 Uhr nachmittags: Wiesen-, Moltke-, Roon- und Hindenburgstraße; von 4—5 Uhr: Zechenplatz und Albertstraße; von 5—6 Uhr: Dortmunderstraße. Freitag den 8. Dezember, von 8—9½ Uhr vormittags: Gartenstadt; von 9½—11 Uhr: Kleinbarop; von 11—12 Uhr: Großbarop; von 2—4 Uhr nachmittags: Heidestraße; von 4—6 Uhr: Pulver-, Westfälische-, Viktoria- und Kreuzstraße. Samstag den 9. Dezember, von 8—10 Uhr vormittags: Augustastraße von Nr. 1—20; von 10—12 Uhr: von Haus-Nr. 20 bis Schluß und Vereinsstraße; von 2—3 Uhr nachmittags: Klein-Berlin; 3—4 Uhr: Bismarck- und Amtsstraße; 4—5 Uhr: Hombruchestraße; 5—6 Uhr: Heinrich- und Kurzestraße. Zur Verteilung kommen pro Kopf 35 Gramm Butter und 25 Gramm Margarine. Die Lebensmittelkarten sind mitzubringen.

Annen. Am Sonntag, den 3. Dezember, tagte im Lokale des Herrn Langmann eine Vollversammlung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen. Nachdem der Vorsitzende, Herr Schulte, den Bericht über die in Hörde stattgefundene Bezirkskonferenz erstattet hatte, wurde in die Diskussion über die Lebensmittelversorgung am Orte eingetreten. Alle Redner stimmten darin überein, daß die Versorgung der Gemeinde mit Lebensmitteln sehr mangelhaft sei. Besonders scharf kritisiert wurde die Kartoffelversorgung. Bezeichnend hierfür ist folgender von einem Mitgliede vorgebrachter Vorfall. Mitte November wurde durch amtliche Bekanntmachung die Kartoffelration pro Kopf auf ein Pfund herabgesetzt. Dieser Verordnung wurde rückwirkende Kraft bis zum 15. Oktober gegeben. Als nun das betr. Mitglied seine wöchentliche Kartoffelration abholen wollte, wurde ihm bedeutet, er habe seit dem 15. Oktober 70 Pfund Kartoffeln zu viel erhalten und könne deshalb erst am 10. Dezember Kartoffeln beziehen. Auf seine Einwendung, er habe keine Kartoffeln mehr und könne doch unmöglich 4 Wochen mit seiner Familie ohne Kartoffeln sein, erhielt er zur Antwort, man könne daran nichts ändern. Für die Zeit vom 15. September bis 15. Oktober hatte er 70 Pfund Kartoffeln zu wenig erhalten; er verlangte nun, daß die zu wenig erhaltenen Kartoffeln für die zu viel erhaltenen in Anrechnung gebracht würden, aber auch das wurde abgelehnt. Auch wiederholte Vorstellungen beim Vertreter des Amtmannes hatten keinen Erfolg. Dieser Vorfall, der sicher nicht der einzige ist, zeigt so recht, wie verständnislos und zugleich rücksichtslos manche Behörden den Nöten der Bevölkerung gegenüberstehen. Wenn schon die Verordnung der Weiterlieferung und der Nachlieferung der zu wenig gelieferten Kartoffeln im Wege stand (unserer Auffassung nach hätten die zu wenig gelieferten Kartoffeln unter allen Umständen nachgeliefert werden müssen), dann war es aber immer noch nicht nötig, die 70 Pfund Kartoffeln auf einmal in Abzug zu bringen, es hätte mehrere Wochen hindurch ein bestimmter Teil in Abzug kommen können. Tatsächlich sitzt die Familie jetzt schon 3 Wochen ohne Kartoffeln da; was das bedeutet, kann sich jeder leicht ausmalen. Ein Versuch, von der Volksküche Essen zu beziehen, war auch vergebens. Diese ist nur für 200 Portionen eingerichtet, die alle vergeben sind. Es ist aber mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß nächstes Frühjahr die Volksküche noch mehr als jetzt in Anspruch genommen werden muß. Es wurde deshalb die Forderung erhoben, die Volksküche zu vergrößern und etwas großzügiger dabei zu verfahren als bisher. Bemängelt wurde auch die Organisation der Volksküche und gewünscht, daß mit dem System der Ehrendamen gebrochen wird und dafür bezahlte Kräfte eingestellt werden. Bei der Fleischverteilung kamen Klagen darüber zum Ausdruck, daß Schweinefleisch und Rindfleisch nicht gesondert rationiert werden, damit auch jeder Schweinefleisch bekomme und nicht wie bisher nur die ersten Käufer, die letzten aber nur mit Rindfleisch zufrieden sein müssen. Scharf verurteilt wurde es, daß der Preis des von der Gemeinde gelieferten Oels mit 6 Mark pro Liter berechnet wird. Der Ausschuß für Fette und Oele liefert den Kommunalverbänden dasselbe für 4,50 Mark pro Liter. Ein Verkaufspreis von 5 Mark pro Liter sei hoch genug. Man kann es nicht verstehen, daß die Gemeinde aus dem Verkauf von Lebensmitteln auch noch Gewinn zieht. Ein Aufschlag von 1,50 Mark pro Liter sei unter allen Umständen zu hoch. Für die Schwerarbeiter müsse Fettzusatz geliefert werden. Dieser Zusatz dürfe aber nicht durch eine Neueinteilung der jetzigen Rationen gewonnen werden, sondern durch vermehrte Beschaffung von Fett. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß es jetzt sehr wohl möglich sei, die Fleischrationen auf 250 Gramm zu erhöhen. Nirgends seien dieselben so niedrig wie in Annen, auch in den übrigen Orten des Kreises Hörde gebe es mehr Fleisch als hier, obwohl die Gemeinde Annen zusammen mit der Stadt Witten eigene Schweinemast betreibt. Zum Schluß ge-

fangten zwei Anträge einstimmig zur Annahme, in denen der geschäftsführende Ausschuß beauftragt wird, eine Eingabe an die Gemeindeverwaltung zu richten, in der die Wünsche der Konsumenten zum Ausdruck kommen und eine Vertretung des Kriegsausschusses in der Lebensmittelkommission gefordert wird. Das zu Tage geförderte Material soll dem Zentralkriegsausschuß in Berlin übermittelt werden.

Castrop. Der „Rhein.-Westf. Ztg." wird von der Stadtverwaltung geschrieben: „Eine im allgemeinen kriegswirtschaftlichen Interesse sehr zu begrüßende Einrichtung hat die Stadt Castrop als eine der ersten unter den westfälischen Städten mit bestem Erfolg getroffen. Die Stadt verwaltet seit Juni dieses Jahres die Viehverteilungsstelle Castrop für den westlichen größeren industriereichen Teil des Landkreises Dortmund mit einer Einwohnerzahl von etwa 140 000 Seelen. Während bisher das angelieferte Vieh lebend an die Metzger abgegeben und in zahlreichen kleinen Betrieben geschlachtet wurde, ist nunmehr seit Mitte November dieses Jahres eine Zentralisierung des Schlachtbetriebes auf dem Schlachthof in Castrop eingerichtet. Durch diese Einrichtung werden die vielen Klagen über die ungleichen Schlachtergebnisse seitens der Metzger (Klassifizierung, Gewichtsdifferenzen usw.) ausgeglichen. Namentlich wird aber auch hierdurch eine genauere Verteilung und leichtere Verbrauchskontrolle ermöglicht, ebenso auch eine gleichmäßige billige Preisgestaltung erzielt. Noch günstiger wird die Fleischversorgung durch das Ergebnis der gleichzeitig eingerichteten städtischen Wurstfabrik beeinflußt. Die anfallenden Eingeweide, Inneateile, Köpfe und Abfälle werden der Wurstfabrik zugeführt und zu einer sehr guten Einheitswurst verarbeitet. Nur durch die Zentralisation der Wurstherstellung ist eine vollkommene wirtschaftliche Verwertung selbst der kleinen und kleinsten Teile zu billigen Preisen erreichbar. Den Städten und Kommunalverbänden kann die Einrichtung derartiger zentraler Schlachtungsbetriebe, verbunden mit Wurstfabrikation nur empfohlen werden."

Aus dem Wahlkreis Hamm-Soest.

7. Dezember.

Hamm. Ueber Ankauf und Ausfuhr von Kohlrüben (Wruken, Bodenkohlrabi, Steckrüben) hat der Magistrat folgendes angeordnet: Der gewerbsmäßige Ankauf von Kohlrüben im Stadtkreise Hamm (Westf.) ist nur den von der Westfälischen Zentralgenossenschaft bezeichneten Genossenschaften und einzelnen mit schriftlichem Erlaubnisschein des Landrats oder Oberbürgermeisters versehenen Händlern gestattet. Der Erlaubnisschein ist widerruflich und kann jederzeit entzogen werden. Die zugelassenen Händler haben den Erlaubnisschein beim Ankauf stets bei sich zu führen und dem Verkäufer vorzulegen. Sie haben ihn den Polizeibeamten und den Beauftragten der Kommunal-Verbände auf Verlangen vorzuweisen. Kohlrüben dürfen nur von den zugelassenen Genossenschaften und Händlern aus dem Stadtkreise Hamm ausgeführt werden. Der Oberbürgermeister kann Ausnahmen zulassen. Der Versand mit der Eisen- oder Kleinbahn und zu Wasser darf nur auf Grund einer Bescheinigung der Westfälischen Zentralgenossenschaft für den Ein- und Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und Wirtschaftserzeugnisse in Münster oder einer Bescheinigung des Oberbürgermeisters erfolgen.

Unna. Am Freitag dieser Woche, im Keller der städtischen Sparkasse, Eingang Nordring, Verkauf von Weiß-, Stoppelrüben und Steckrüben, Pfund 5 Pfg. Gleichzeitig wird der noch vorhandene Restbestand an sächsischen Zwiebeln, Pfund 15 Pfg., verkauft. Ferner wird bekannt gemacht, daß von Freitag ab in den hiesigen Geschäften auf Grund der Kundenlisten für Fettwaren Eier ausgegeben werden, und zwar pro Person 1 Stück gegen Eierkarte. Preis 0,32 Mark.

Aus dem Münsterlande

Cappenberg. Das Dienstmädchen des Hoteliers Schulze Thier hierselbst stürzte vom Hausboden auf die Tenne und trug einen Schädelbruch davon, an dessen Folgen es am anderen Morgen gestorben ist.

Ahlen. An die Parteigenossen und Gewerkschaftskameraden, soweit dieselben nicht als Versammlungsbesucher in Frage kommen, richtet der Filialleiter Gen. Joh. Vogtmann folgenden Aufruf: Nachdem ich nach 21monatlicher Abwesenheit die Filialgeschäfte wieder übernommen habe, mich außerdem aber auch wieder an der gewerkschaftlichen Arbeit beteilige, habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß hier am Orte im Partei- und Gewerkschaftsleben vieles nicht so ist, wie es nach Fug und Recht sein sollte. Besonders der Versammlungsbesuch, welcher hier doch gerade früher ein so reger war, läßt viel zu wünschen übrig. Parteigenossen und Gewerkschaftler, muß das so sein? Abgesehen von der ganz selbstverständlichen Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich rege am Partei- und Gewerkschaftsleben zu beteiligen, müßte euch doch die unumstößliche Tatsache zum Bewußtsein kommen, daß wir die Partei und die Gewerkschaften noch nie nötiger gehabt haben, wie jetzt. Auch in der ersten Zeit nach dem Kriege, die uns aller Voraussicht nach schwere Kämpfe bringen wird, wie wir solche zuvor nie gekannt haben, wird sich das zeigen, und diese Erkenntnis müßte geradezu in die Versammlung hineinleitschen. Sodann vermisse ich bei der jetzt wieder in Fluß gekommenen Werbetätigkeit die früher so anerkannt rege Mitarbeit der Mitglieder. Heute kann uns mancher Ort beschämen, den wir früher in den Schatten stellten. Anerkennen muß ich die einzigartige Tätigkeit unserer Jugendfreunde. Diese, erst während des Krieges ins Leben gerufene Bewegung, hat es verstanden, ihre Abonnentenzahl in der verhältnismäßig kurzen Zeit und unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen auf weit über hundert hinaufzubringen. Ich sage Hut ab, vor solchen Jugendlichen! Hut ab vor Jungens und Mädchen, welche das Verdienst für sich in Anspruch nehmen dürfen, die Ansprüche der Zeit in allerweitestem Maße begriffen zu haben! Genossen und Gewerkschafter, machts nach! Lernt von der Jugend und hinein in die Versammlung; heran zur intensiven Mitarbeit!

Aus dem Sauerlande.

Arnsberg. Das Schwurgericht verurteilte den jugendlichen Tagelöhner Lingemann aus Fredeburg, der im September d. J. eine alte Frau überfallen und beraubt hatte, wegen Straßenraubes zu 1½ Jahren Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Schnelle Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes.

? Am Samstag nachmittag wurde das Hilfsdienstgesetz im Reichstage angenommen, und einen Tag später, also Sonntag, bringt die „Kölnische Zeitung" dieses Inserat:

> **Dr. phil.!**
>
> früherer Oberlehrer (Mathematik und Naturwissenschaften), bisher schriftstellerisch tätig (Kunstgeschichte, Philosophie u. a.), Anfang 40er, sucht angemessene, als Kriegsdienst geltende Beschäftigung. Angebote unter B 1255 an Jakob Mayer, Ann.-Exped., Frankfurt a. M.

Auf den Suchenden hat also das neue Hilfsdienstgesetz eine recht schnelle Wirkung ausgeübt!

? **Das verwandelte „Dörrgemüse".** Folgender origineller Vorfall wird in Hindenburg viel besprochen und belacht: Zwei Arbeiter wurden von „jemand" beauftragt, eine hier von auswärts eingetroffene Kiste mit „Dörrgemüse" nach der Wohnung des Bestellers zu schaffen. Das Gewicht fiel zwar den beiden Arbeitern auf, doch die Aufschrift zeigte deutlich, daß man es mit der richtigen Kiste zu tun hatte. Doch wer beschreibt den Schreck, als die beiden „dienstbaren Geister" kurz vor der Wohnungs-Entreetür die Last zur Erde fallen ließen. Die Kiste ging aus dem Leim und das Dörrgemüse, auf das man so sehnsüchtig gewartet hatte, hat die Gestalt von — Rollschinken, Räucherspeck und allerlei Wurstsorten erhalten.

? **Aus Wein wird Schinken und Pökelfleisch.** Einen bösen Hineinfall erlebte dieser Tage ein Geschäftsmann aus Ichtersbausen bei Gotha. Er hatte eine Sendung von 24 Fässern und Kisten als Frachtgut aufgegeben und den Inhalt als Wein bezeichnet; um dieses noch wahrscheinlicher erscheinen zu lassen, waren Fässer und Kisten auch mit entsprechenden Zetteln beklebt. Leider rann aber auf der Station Neudietendorf eine Flüssigkeit aus der Verpackung, die mit Wein wenig Aehnlichkeit hatte, desto kräftiger aber nach Fleischbrühe duftete. Die Sendung wurde daher beschlagnahmt, und bei der Oeffnung stellte sich heraus, daß sich der Wein in rosige Schinken und Pökelfleisch verwandelt hatte, die in dieser Verpackung die Reise zu verschiedenen Händlern in einigen Großstädten antreten wollten. Sie wurden nun nach Gotha geschafft und in mehreren Fabriken mit Heereslieferungen an die Arbeiter für einen billigen Preis verkauft, denen dieser alkoholfreie Wein sehr zustatten kam.

Kriegerverein „Alte 13 Dortmund". Das von dem Verein veranstaltete Wohltätigkeitskonzert zum Besten des Kriegsliebesdienstes findet bestimmt am Sonntag, den 10. ds. Mts., abends 7½ Uhr beginnend, im großen Saale des Reinoldushofes statt. Wir verweisen auf die Bekanntmachung in der heutigen Zeitung.

Spezial-Geschäft für Wiederverkäufer

Josef Joseph

Mühlenstr. 10 Dortmund Mühlenstr. 10

Empfehle mein grosses Lager in

Kurz- und Wollwaren

Streng reelle Bedienung! Billige Preise!

Bitte um Lagerbesuch!!

Tabakarbeiter-Genossenschaft e. G. m. b. H.
zu **Burgsteinfurt** i. Westf.

Am Freitag, den 15. Dezember 1916, abends 8 Uhr findet im Saale der Tabakarbeiter-Genossenschaft zu Burgsteinfurt eine

Ausserordentliche Generalversammlung

statt mit der Tagesordnung:
1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes;
2. Aussprache und Beschlussfassung über das Gehalt der zum Militär eingezogenen Angestellten;
3. Anträge. 4049

Philharm. Orchester
(Dirigent: Georg Hüttner).
Sonntag, den 10. Dez. 1916 nachmittags 4 Uhr
am Fredenbaum
II. Volks-Konzert
(Beethoven-Abend).
Eintrittskarten im Vorverkauf 40 Pfg. in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften. — An der Kasse 50 Pfg. 4047

Stadt-Theater
Donnerstag, den 7. Dezember
7½—10½ Erm. Operpreise.
Zum 24. Male:
Polenblut.
Freitag, den 8. Dezember 1916
7½—10 B 7 Erm. Schauspielpr.
Neuheit. Zum 1. Male:
Könige.

Haselhoffs Bier-Palast
Münsterstraße 19.
Ab 7 Uhr täglich:
Neues Programm!
Jim Scheer
und 10 weitere Kunstkräfte.

Walhalla.
Vom 1.—16. Dez.:
Hugos
der beste Gedankenleser der Gegenwart.
Ausserdem jeden Abend:
2 Volks-Burlesken.
Kleine Preise. 3004

Volks-Theater
Münsterstr. 16, Ecke Steinpl.
Tägl. 7½ Uhr: Das Riesen-Weltstadt-Programm!
12 Attraktionen. 4007

Moderne gute Einzelmöbel:
Bettst. m. la. Auflegematr., Kleiderschränke, Waschkomm. u. Konsol., Küch., Büfetts i. gestrich. u. Pitschp., Anrichten, Eimerschr., Vertikows, Trümos, Zimmer-Büfetts, Sofas, Umbauten, Credenzen, Standuhr, sämtl. Tische und Stühle, Herde, prima Sof., Flurgarderobe, Schreibtische usw., jetzt noch sehr billig zu verkaufen. Möbelh. Kraus, Westenhellweg 138. 4055

Taschen-Uhren
in Silber und Gold,
ersteigert auf den Pfandverkäufen,
— werden zu den billigsten Preisen verkauft. —
Dortmund Nicolaistrasse 5 Balkenstrasse 36 beim Bezirks-Kommando
Pfandleih-Anstalt A. Eick & Comp.

Holzschuhe Galoschen u. Trippen
sowie
Kriegssandalen
in allen Grössen und Formen
zu haben bei
H. Waldschmidt,
Lohgerberei und Lederhandlung.
Telefon 175 Lünen Königstr. 7.

Kanarienvögel
und sämtliche Waldvögel, Zucht- und Ziersische, Kanarien und Terrarien, Meerschweinchen u. Kaninchen, Kaufen u. Kaninchenfutternäpfe, Ausstopfen von sämtlich. Vögeln und Tieren, Gerben sämtl. Felle besorgt billig u. gut Karl Sengstock, Reinoldistr. 10. (4048

Kalender 1917:
Arbeiter-Notiz-Kalender Preis 60 Pfg.
Neue Welt-Kalender Preis 50 Pfg.
Sozialdemokratischer Abreiß-Kalender
erscheint in Kürze zum dritten Male
Größe 30 × 40 . . . . . Preis 2.— Mk.
Bestellungen nehmen alle Boten der „Arbeiter-Zeitung" an.
Buchhandlung der „Arb.-Zeitung"
Gerisch & Co., Gesellschaft m. b. H.,
Kielstr. 5 Dortmund Kielstr. 5.

Visitenkarten
fertigt an Buchdruckerei Gerisch & Co.

Rechnungsformulare
fertigt an Buchdruckerei A. Gerisch, Arb.-Ztg. Kielstr. 5

In Freien Stunden.
Romane u. Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhdlg. d. „Arb.-Ztg." Dortmund Kielstr. 5 u. deren Bot. z. bestell.

Weihnachts- und Neujahrs-Karten
halten vorrätig die
Buchhandlung der „Arb.-Zeitung"
Kielstrasse 5 Dortmund Kielstrasse 5
und deren Boten.

Stellenangebote

Wir suchen zum sofortigen Eintritt tüchtigen
Werkzeug- oder Maschinenschlosser
für unsere Automobil- und Reparatur-Werkstätten. 4060
Vorzustellen unter Vorlage der Papiere bei der
Daimler-Motoren-Gesellschaft
Dortmund, Löwenstr. 9–11.

Schreinergehilfen
ges. F. Zitter, Jägerstr. 24.

Tüchtige Anstreichergehilfen
sucht Wilh. Sundermann & Sohn 4051 Schillingstr. 25.

10—20 tüchtige Kaminbauer und Maurer
für Baustellen in Hamborn, Bergeborbeck und Todtnau bei hohem Lohn sofort gesucht. Angebote erbeten an Nast Ingenieurbüro, G. m. b. H., Saarbrücken 3. 4044

Junge Leute,
14—16jährig, für leichte Beschäftigung bei gut. Lohn ges. Meldung zwischen 12–1 Uhr.
Gebr. Maas, G. m. b. H.
I. Kampstr. 47. 4053

Junge Mädchen
zum Fensterputz bei gut. Lohn gesucht. Meldung z. 12–1 Uhr.
Gebr. Maas, G. m. b. H.
I. Kampstr. 47. 4052

Gesucht zum 1. Januar durchaus gewandtes Mädchen für alles, nicht unter 20 Jahren.
Frau Apotheker Müller
Lüttringhausen.

Wohnungen

Abgeschlossene 4032
3 Zimmer-Wohnung
zu vermieten. Uhlandstr. 1.

1 Teller Suppe und
1 „ Kartoffeln mit Gemüse
45 Pfg. Königshof 11.

10 Waggon
Weihnachtsbäume
schöne, dunkelgrüne, runde, vollästige Bäume in Waggonladungen u. Partien von 100 Stück abzugeb.
E. Balkenhol
Feldstr. 15, Telef. 3298.



Erhalte jeden Samstag grosse und kleine
Faselschweine.
Wilh. Vonhoff
Kolzwickede. 4024

Heute, den 4. Dez., ist ein grosser Transport von über
200 Ferkeln
angekommen. Ferkel von 15.00 Mk. an. Grosse Posten billige Läufer zu sehr billigem Preise. 4014
Rob. Schulten
Dortmund, Zimmerstr. 36.

Anstreicher-Gehilfen
gesucht. 4052
Herm. Habs jr., Kapellenstr. 5.

Zivildienst.
Meldungen zum sofortigen oder baldigen Eintritt von
Kolonnenführern, Facharbeitern
für Anfertigung von Heeresfahrzeugen aller Art nehmen entgegen:
Orenstein & Koppel, Dorstfeld.

Von den früheren Pfänder-Versteigerungen sind noch
ca. 1000 Stück
Herren-Ueberzieher
und **Mäntel**
vorrätig, die wir preiswert verkaufen.
Bezugsscheine sind auch hierfür erforderlich.
Diese, von der zuständigen Behörde vorher gestempelt, sind mitzubringen.
A. Eick & Comp.
Balkenstr. 36|38 Dortmund Nicolaistr. 5
beim Bezirks-Kommando.

Beilage der Arbeiter-Zeitung

Nr. 287 | 2. Blatt. | Dortmund, Donnerstag, den 7. Dezember 1916. | 26. Jahrg.

Der Stein des Anstoßes.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung" sieht sich genötigt, die sogar vom offiziösen „Berliner Lokalanzeiger" **entschieden verurteilte Haltung, die Staatssekretär Helfferich bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes einnahm,** als es sich darum handelte, die Einrichtung von Schiedsstellen auch auf die Eisenbahnen auszudehnen, zu verteidigen. Staatssekretär Helfferich drohte bekanntlich, das ganze Gesetz sei gefährdet, wenn diese Bestimmung in das Gesetz Aufnahme fände. Wie diese Drohung gemeint war, das wird jetzt in dem Regierungsblatt näher umschrieben. Das Blatt sagt zunächst, die Interessen der Arbeiter seien in weitgehendstem Maße gewahrt worden. Wörtlich heißt es:

„In dem Gesetz sind nicht nur die bereits in den Richtlinien der Regierungsvorlage enthaltenen Rechtsmittel gegen die Zuweisung von Arbeit und die Verweigerung des Arbeitswechsels vorgesehen; es sind vielmehr weit darüber hinaus allgemeine Bestimmungen und Vorkehrungen zur Wahrung und Förderung der Arbeiterinteressen getroffen. Zum ersten Male schafft ein deutsches Gesetz für die Gesamtheit der deutschen gewerblichen Arbeiter und Angestellten eine obligatorische, aus freier Wahl hervorgehende Vertretung in den Arbeiterausschüssen. Zum ersten Male wird die Feststellung der Arbeits-, insbesondere der Lohnbedingungen, der unbedingten Vertragsfreiheit entrückt und betriebsfremden, paritätisch zusammengesetzten Schlichtungsstellen ein starker Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages eingeräumt. Von Lohndruck, von einer Ausbeutung der durch die vaterländische Notwendigkeit in ihrer Tätigkeits- und Bewegungsfreiheit beschränkten Arbeiter konnte schon bei der Regierungsvorlage und kann erst recht bei den Garantien, die das Gesetz auf Grund der Beschlüsse des Reichstages bietet, auch nicht im entferntesten die Rede sein."

Dann kommt die „Nordd. Allgem. Zeitung" auf das eigentliche Thema: „Der sozialdemokratische Antrag aber wollte die Wirksamkeit der in § 13 allgemein vorgesehenen Schiedsstellen auch auf das Staatseisenbahnpersonal ausdehnen, und damit die Regelung der Arbeitsbedingungen der Eisenbahner einer dritten, außerhalb der Eisenbahnverwaltung stehenden Instanz übertragen. Bei solcher Ordnung der Dinge wäre es möglich, daß Forderungen, die die Eisenbahnverwaltung — vielleicht schon aus etatsrechtlichen Gründen — nicht zu bewilligen vermag, die Billigung einer Schiedsstelle finden; dann hätten die Eisenbahner auf Grund dieses Spruches der Schiedsstelle nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes das Recht, in corpore den Abkehrschein zu verlangen und ihre Arbeit zu verlassen. Die Erstreckung der Schiedsstellen auf die Eisenbahnen könnte also geradezu den staatlich konzessionierten Eisenbahnerstreik zur Folge haben. Auf diese Konsequenz ist in den Vorberatungen in aller Ausführlichkeit und Eindringlichkeit hingewiesen worden.

Die Annahme des sozialdemokratischen Antrages hätte also eine schwer entwirrbare Lage geschaffen, einen Konflikt zwischen dem vaterländischen Interesse am baldigen Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes und dem gleichfalls nicht preiszugebenden Interesse an der Aufrechterhaltung der Einheit und Geschlossenheit der Eisenbahnverwaltung heraufbeschworen. Die verbündeten Regierungen hätten sich vor die Frage gestellt gesehen, ob sie die Verantwortung für eine Gesetzesbestimmung annehmen könnten, die für die Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnbetrieb eine solche Gefahr bedeutet hätte, und weiterhin vor die noch schwerere Frage, ob nicht etwa die Verwirklichung des der Hilfsdienstpflicht zugrunde liegenden Gedankens auf anderem, als dem im Vertrauen auf die verständnisvolle Mitwirkung des Reichstages eingeschlagenen Wege, gesucht werden müsse. Der Staatssekretär hatte die Pflicht, auf diese Gefahr hinzuweisen und damit die schweren Folgen einer Annahme des sozialdemokratischen Antrages zu verhüten; er hat dies Ziel auch erreicht, indem er — für jedermann sichtbar — für die ihm anvertraute Sache seine Person voll einsetzte. . . ."

Die **Notwendigkeit der Einführung von Schlichtungskommissionen auch in den Staatseisenbahnbetrieben ist bei den Reichstagsverhandlungen von sozialdemokratischer Seite eingehend begründet worden.** Und die ablehnende Haltung der Regierung in dieser Sache erregte selbst auf nationalliberaler Seite Kopfschütteln. Es liegt für uns die Annahme nahe, daß weniger staatsrechtliche Bedenken, als vielmehr das Mißtrauen gegen die Eisenbahnarbeiter der ausschlaggebende Grund für die Haltung der Regierung war. Die Andeutung des Regierungsorgans aber, die Annahme des sozialdemokratischen Antrages zu § 14 des Gesetzes würde wahrscheinlich das Hilfsgesetz zum Scheitern gebracht und die Regierung genötigt haben, das Gesetz ohne den Reichstag zu machen, gibt doch sehr zu denken.

* * *

Zu dem Versuch der „Nordd. Allg. Ztg.", das Verhalten des Staatssekretärs Dr. Helfferich zu rechtfertigen, sagt das „Berliner Tageblatt":

„. . . Noch eigenartiger muß die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" berühren, daß, wenn jener vielumstrittene Antrag angenommen worden wäre, die verbündeten Regierungen vor die Frage gestellt worden wären, „ob nicht etwa die Verwirklichung des der Hilfsdienstpflicht zugrunde liegenden Gedankens auf anderem als dem im Vertrauen auf die verständnisvolle Mitwirkung des Reichstags eingeschlagenen Wege gesucht werden müsse". Diese nachträgliche Mitteilung ist sehr bezeichnend für die, vom Reichstag richtige eingeschätzte, **Gesinnung des Herrn Dr. Helfferich. Der Herr Staatssekretär des Innern bekennt mutig, daß er, wenn der Reichstag ihm in dieser rein formalen Frage nicht zu Willen gewesen wäre, einfach dem deutschen Volke — jetzt im Kriege — das Gesetz ohne den Reichstag auferlegt hätte.** Man muß schon um sechs bis sieben Jahrzehnte in der preußisch-deutschen Geschichte zurückgehen, um eine Parallele zu diesem Vorgang zu finden. **Der gesamte Reichstag oder auch sein fünfzehngliedriger Ausschuß, der dem Kriegsamte zur Ausführung dieses Gesetzes beigegeben ist, wird es sich ernstlich überlegen müssen, ob er unter solchen Umständen mit Herrn Dr. Helfferich noch länger zusammenarbeiten will."**

Die äußerste Rechte ausgenommen, hat das Auftreten des Staatssekretärs bei allen Parteien des Reichstages auf das Aeußerste befremdet. Man hatte den Eindruck, daß Herr Dr. Helfferich durchaus nicht auf der Höhe der Situation stand. Für ihn wäre es zweifellos besser gewesen, er wäre im Reichsschatzamt geblieben, die Leitung des hochwichtigen Reichsamts des Innern erfordert denn doch einen Mann von ganz anderen Erfahrungen als die sind, über die Herr Helfferich verfügt. **Vor allen Dingen aber darf sich der Reichstag eine solche Behandlung nicht gefallen lassen.**

Die „Voss. Ztg." sagt: „Wir müssen es uns versagen, heute der Regierung darauf zu antworten. Wir könnten es nur, wenn wir die Rücksicht auf unsere Feinde außeracht setzen wollten. Wir werden aber auf diesen Satz nach dem Kriege zurückkommen müssen, denn **er ist für die amtlichen Anschauungen über Sinn und Weg der Neuorientierung kennzeichnender, als vieles, was wir bisher von amtlichen Stellen erfahren haben."**

Dagegen sagt die „Kreuzzeitung": „Es handelte sich um eine Forderung, deren Erfüllung für jede staatliche Bahnverwaltung unmöglich war, für die kein Eisenbahnminister die Verantwortung übernehmen konnte und die deshalb auch vom Bundesratstisch für unannehmbar erklärt werden mußte."

Nachrichten des Kriegswirtschaftsamtes der Stadt Dortmund.

I. Kartoffeln.

a) **Die Abschnitte 4 bis einschl. 7 der neuen Kartoffelkarte** berechtigen in dieser Woche zum Bezuge von je 1 Pfund, also zusammen 4 Pfund Kartoffeln.

b) **Die Kartoffelzusatzkarte für Schwerarbeiter Nr. 4** berechtigt in dieser Woche zum Bezuge von 4 Pfund Kartoffeln.

II. Teigwaren.

Die Warenkarte Nr. 29 (gekreuzt und ungekreuzt) aller Bezirke berechtigt in dieser Woche zum Bezuge von 125 Gramm Teigwaren.

III. Speisefette.

In dieser Woche werden gegen Abgabe der Butter- und Kunstbutteranteilmarken Nr. 14 von Donnerstag, den 7. Dezember 1916, ab an Speisefetten **62½ Gramm = ⅛ Pfund Schmalz** verkauft. Die Buttermarke einzeln berechtigt zum Bezuge von 33⅓ Gramm und die Kunstbuttermarke einzeln zum Bezuge von 30 Gramm Schmalz. Die blaue Fettkarte ist der Kontrolle wegen mitzubringen.

IV. Fleisch.

Die Fleischmarken dieser Woche haben folgende Bezugsberechtigung:

Nr. 1—10 und I—V

für je 50 Gramm Wildpret, außerdem für Hühner (ein Hahn oder Huhn = 16 Fleischmarken, ein Hähnchen bis ½ Jahr = 8 Fleischmarken);

Nr. 1—7 und I—IV

für je 25 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen, oder

für je 20 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen;

Nr. 8—10 und V

für je 20 Gramm Schinken, Dauerwurst, Zunge, Speck Rohfett, oder

für je 50 Gramm Eingeweide, Fleischkonserven einschl. des Dosengewichts, oder

für je 70 Gramm Freibankfleisch, oder

für je 100 Gramm Kriegsfrikadellen;

Nr. 8—9 und V

für je 50 Gramm Frischwurst.

Aus dem Wahlkreis Dortmund-Hörde.

Dortmund, 7 Dezember.

Aus dem Verwaltungsbericht der Landesversicherungsanstalt Westfalen für 1915.

II.

3. Förderung von Wohlfahrtseinrichtungen, besonders des Kleinwohnungsbaues. Unter dem Einfluß des Krieges ist die Bautätigkeit erheblich zurückgegangen. Es liefen verhältnismäßig wenig Darlehnsanträge ein, von denen 83 bewilligt wurden (1914: 420). Auf diese und eine Anzahl früher bewilligter Darlehen wurden gezahlt 4 750 000 Mark (1914: 8 244 000 Mark), davon entfallen ⅘ auf die Bauvereine = 56,5 Prozent ihrer vorigjährigen Darlehnszahlungen, ein Beweis, wie sehr sie bemüht gewesen sind, auch während des Krieges den Bau von Kleinwohnungen zu fördern. Dagegen sind die Darlehen an einzelne Versicherte auf ein Fünftel der vorigjährigen Ausleihungen gesunken, was wohl darin seinen Grund haben wird, daß die für die Bautätigkeit in Betracht kommenden Versicherten sich zum größten Teil im Heeresdienst befinden. Die Bestrebungen der Gemeinden für den Kleinwohnungsbau treten ganz zurück. Bei ihrer Belastung mit Arbeiten und Ausgaben infolge des Krieges ist das erklärlich.

Große Aufgaben erwachsen für die Zeit nach dem Kriege, deren Vorbereitung schon während des Krieges beginnen muß und auch schon in Angriff genommen ist. Als vornehmste Maßnahme gilt hierbei die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien. Als weitere wichtige Aufgabe kommt die Kleinsiedelung der Kriegsbeschädigten in Betracht, die im Rahmen der Ansiedlungsbestrebungen zu bewirken sein wird. Nach dem Kriege wird die schon seit Jahren von der Landesversicherungsanstalt geförderte Wohnungsbeschaffung für ihre Versicherten erheblich schwieriger sein, weil die Unzulänglichkeit der Wohnungen für kinderreiche Familien zu beseitigen ist, ohne diesen wirtschaftlich schwachen Kreisen neue Lasten aufzuerlegen, und weil für eine große Anzahl von Kriegsbeschädigten günstige Wohnungsverhältnisse zu schaffen sind, um ihre verminderte Arbeitskraft so weit als möglich dem Wirtschaftsleben zu erhalten. Auch mit einer Verteuerung der Wohnungsherstellung infolge Erhöhung der Arbeitslöhne, Materialpreise und Darlehnszinsen ist zu rechnen. Ueber diese Fragen fand am 10. und 11. April 1916 in Leipzig eine Aussprache der Landesversicherungsanstalten statt. Die dafür aufgestellten Leitsätze wurden von 4 Berichterstattern — darunter auch vom Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Westfalen — behandelt und fanden allseitige Zustimmung. Aus ihnen ergibt sich vor allem der feste Entschluß der Landesversicherungsanstalten, auch künftig an der Lösung der Wohnungsfrage nach Maßgabe der verfügbaren Mittel mitzuwirken.

Der Westf. Verein zur Förderung des Kleinwohnungswesens hat sich gleichfalls seit längerer Zeit mit den neuen Aufgaben in der Wohnungsfürsorge beschäftigt. Auf seine Denkschrift: „Bevölkerungspolitik und Wohnungs-

---

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking.

(Fortsetzung.)

Viertes Kapitel.

„Zieh die Vorhänge zurück", sagte Katharina von Plassenstein am andern Morgen zu ihrem Kammermädchen und schlug ein Buch auf, das vor ihr lag; es war ein Band von Montaigne. Die Vorhänge von gelber chinesischer Seide mit roten und weißen Blumen rauschten zurück; das Tageslicht fiel hell in das Zimmer und glänzte auf dem schwarzen Lack des Tisches, auf den Katharina den Arm stützte. Sie betrachtete die Platte desselben, auf der goldene Malereien eine chinesische Landschaft mit einer Gruppe Mandarinen darstellten; dann die hellblaue Blumenvase vor ihr, die den Mangel eines Straußes durch die abenteuerlichsten Gewächse und Rankenverschlingungen ersetzen zu wollen schien, die in roter Farbe mit der Glasur eingebrannt waren. Dann ließ sie ihr Auge auf die Supporte gleiten, ein ziemlich wertvolles Oelgemälde in französischem Geschmack mit einem kraus verschnörkelten Rahmen aus Stuckatur umher.

„Nein," sagte sie, vor sich hinflüsternd; „hier doch wenigstens etwas Mythologisches zur Abwechslung, eine fliehende Najade und ein Faun; nun es paßt auch. Sonst alles chinesisch; sind es die Künstler, die sich damit über ihre Zeit lustig machen wollen oder ist dieser Geschmack von einer innern Wahlverwandtschaft eingegeben? Die Menschen werden immer chinesischer: steif, egoistisch, eingeknöchert; die Sitten bis zur Verzerrung in Unnatur verfallend; der einzige Unterschied ist, daß man bei uns den Zopf im Nacken trägt und die Chinesen ihn auf dem Wirbel tragen."

„Ziehe die Vorhänge wieder zusammen, Lenore; es fällt ein unerträglich grelles Licht ins Zimmer."

Das Zimmer wurde wieder in eine lichte Dämmerung gehüllt und Katharina erhob sich und schritt auf dem Hauteliseteppich hin und her. Ihre Züge zeigten etwas Abgespanntes; sie war blässer geworden; aber was ihre Schönheit an Glanz verloren haben konnte, war mehr als ersetzt durch den Ausdruck gedankentiefer Sinnigkeit, der sich bis zu einem auffallenden Grade in ihrem Gesicht ausgebildet hatte. Zuweilen nur schien die stolze und fast marmorne Ruhe ihrer Züge von einer inneren Bewegung gestört zu werden; ihre Augen bekamen dann etwas Unstetes, die Lider zwinkerten, und sie blieb einige Momente stehen, als sähe sie im Geiste ein Hemmnis vor sich, das ihren Schritten Einhalt geböte. Gleich darauf aber trat sie rascher und heftiger wieder über die Köpfe der holländischen Bauernhochzeit fort, die unter ihren Füßen ihre grotesken Tanzkünste zeigte.

Der Freiherr von Driesch wurde gemeldet. Als ihm hinterbracht worden war, daß sein Besuch ein willkommener sei, schritt die freundliche und bewegliche Gestalt des ältlichen Herrn über die Schwelle; mit den Manieren einer jetzt schon verschollenen Etikettenperiode, die vor allen Dingen eine sehr große Ergebenheit an den Tag zu legen geeignet waren, machte er der Dame seine Reverenz und küßte ihre Hand.

„Ich freue mich außerordentlich, Sie so wohl zu sehen, Herr von Driesch", sagte Katharina; „Sie müssen sich in der Residenz verjüngt haben, oder ich habe Ihnen früher unrecht getan, wenn ich Sie für einen Herrn über vierzig hielt."

„Vierzig? Dafür haben Sie mich gehalten?"

„O Sie sind es gewiß noch nicht; bitte, lassen Sie sich nieder; aber ich glaube, es ist die Poesie, die ihren Geweihten eine ewige Jugend beschert."

Es gab nichts in der Welt, was Herrn von Driesch angenehmer zu hören gewesen wäre.

„Glauben Sie, meine Gnädigste", sagte er, mit Mühe ein Lachen unterdrückend, das als Ausbruch seines Vergnügens sich laut machen wollte; „nun ja, ich habe mich ziemlich geschont."

„Aber weil wir darauf gekommen sind, wollen Sie nicht einmal eine von Ihren Arbeiten Ihren Freunden mitteilen? Wollen Sie ewig die Hippokrene, die so reichlich bei Ihnen sprudelt, neidisch ummauert halten und uns Laien den Zugang wehren?"

„Nun, meine kleine Hippokrene vermischt ihre Gewässer mit den stolzen Fluten der Pegnitz, deren Musageten, für die Kundmachung sorgen zu wollen, mir versprochen haben. Freilich, sie lassen mich ziemlich lange warten. Aber ich mag meine Sachen nicht selbst drucken lassen; die Typographie ist eine Kunst, welche sehr im Sinken begriffen ist; wo sind die Christoph Plantin, die Elzevir, die Stephanus der guten alten Zeit! Soll ja meinen Versen ein Gewand geben lassen, daß sie aussehen, wie eine alte Chronik auf holländischem Tabakspapier?"

So wenig in Abrede gestellt werden kann, daß dies für die sämtlichen Werke des säuberlichen Herrn allerdings keine passende Ausstattung gewesen sein würde, so war doch noch ein anderer Grund da, aus dem Herr von Driesch sie noch nicht zum Drucke befördert hatte; bis jetzt war nämlich noch keins dieser schmierigen, auf holländisches Tabakspapier druckenden Subjekte, die von Herrn von Driesch mit dem Antrage beehrt worden waren — es war ihrer eine ganz ansehnliche Zahl — auf den gescheiten Einfall gekommen, durch die Uebernahme der klassischen Produkte des Pegnitzschäfers sich einen unendlichen Reichtum und ihrer Firma für ewige Zeiten einen ganz ausgemacht unsterblichen Namen zu erwerben — ein Betragen, das Herrn von Driesch vollständigst zu der Annahme berechtigte, daß sie alle Esel seien.

Dagegen fand er in diesem Augenblicke es unbegreiflich, wie er nicht früher schon die nähere Bekanntschaft der Dame gesucht habe, die jetzt, gewiß durch ihre Bewunderung seines Talentes gedrängt, so zuvorkommend die ersten Schritte dazu eingeleitet hatte und einen so außerordentlich gebildeten Geschmack verriet. Er erklärte sich deshalb ganz geneigt, seine Uebersetzung des ersten Buches von Vergils Landbau und einige Proben seiner anakreontischen Studien Fräulein von Plassenstein im Manuskripte mitzuteilen, die er zufällig, ganz zufällig, in seiner Rocktasche hatte. Das Fräulein nahm sie mit vieler Grazie an. Als Herr von Driesch jedoch nach seiner Brille suchte, um das, was er die schönsten und gelungensten Stellen nannte, ihr vorzulesen, sprang sie auf einen anderen Gegenstand der Unterhaltung ab und sagte: „Wie fatal und verdrießlich muß es doch für einen Herrn von Ihren Verdiensten sein, sich in einer so gefährlichen als unpassenden Lage zu befinden; es tut mir wirklich in der Seele leid, Herr von Driesch, wenn Sie mir anders die Teilnahme vergönnen, die mich drängt, Ihnen dieses auszudrücken."

„Was? in einer gefährlichen Lage? ich?" rief Herr von Driesch erschrocken und verwundert.

„Nun ja, gefährlich kann man es wohl nennen, denn Herr von Schemmey soll sein Florett mit einer bewunderungswürdigen Gewandtheit führen."

„Aber um des Himmels willen, was hab' ich mit dem Florett des Herrn von Schemmey zu schaffen?"

„Ist Ihnen das Kartell noch nicht zugekommen, so werden Sie es wahrscheinlich bei Ihrer Heimkunft vorfinden."

„Ein Kartell? Sagen Sie in der Tat ein Kartell? Ich soll mich schlagen?"

„Nun ja!"

„Ich, ein Mensch wie ein Lamm? Mein Gott, mein Gott," sagte Herr von Driesch ängstlich, „das ist ja abscheulich! Nein, das ist gegen göttliche und menschliche Gesetze; nimmermehr! nichts soll mich zwingen, wissentlich ein Gebot zu übertreten, das mir von Jugend auf heilig gewesen ist. Ich schlage mich nicht!"

Er sprang mit den Gestikulationen der äußersten Entrüstung von seinem Stuhle auf.

„Beruhigen Sie sich; Sie können sich ja auch schießen, wenn Sie das vorziehen."

„Vorziehen? Ich ziehe nichts vor, weder das Schießen, noch das Stechen, noch das Schlagen; es ist wider meine Grundsätze, ich tu' es nicht, und nun will ich sehen, wer mir nahe kommt!"

„Es wird Ihnen nichts helfen; Sie haben seine Braut am gestrigen Abend zu öffentlich, zu eklatant beleidigt."

„Ah, das ist der Grund! je, je; nun, meinetwegen; Alfanzereien; wenn ich nur nicht abreisen müßte. Ich werde noch heute die Stadt verlassen, denn ich habe sehr dringende, in der Tat ganz außerordentlich dringende Geschäfte auf meinen Gütern abzumachen; ja, ich muß mich wirklich bei Ihnen beurlauben — ich bedauere auf das tiefste. —"

(Fortsetzung folgt.)

frage, Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien" sei hier verwiesen.

Infolge seiner Anregung ist nach dem Vorbilde ähnlicher Einrichtungen am 3. Juni 1916 auch eine Siedelungsgesellschaft mit der Bezeichnung „Rote Erde" als Gesellschaft m. b. H. gegründet worden. Sie steht in engster Verbindung mit der Provinzialverwaltung, deren Landeshauptmann Vorsitzender des Aufsichtsrats ist, und bezweckt die Beschaffung von Wohnstätten und die Vermehrung von Bauernstellen unter vorzugsweiser Berücksichtigung von Kriegsteilnehmern oder deren Hinterbliebenen, ferner die Befestigung des ländlichen Grundbesitzes durch Regelung der Schuldverhältnisse, sowie endlich zur Durchführung dieser Aufgaben den vorübergehenden Erwerb von Hypotheken und Grundstücken. Von dem Gesellschaftskapital von 4 Millionen Mark hat der Staat 2 Millionen, die Provinz 1 Million übernommen, der Rest ist von Stadt- und Landkreisen, dem Bergbau, der Industrie und sonstigen interessierten Kreisen aufzubringen. Die Landesversicherungsanstalt hat sich mit 100 000 Mark beteiligt in der Erwartung, daß durch Erwerbung preiswerten Baugeländes besonders im Industriegebiete, und dessen allmählige Abgabe an die gemeinnützigen Bauvereine es den letzteren erspart werden möchte, umfangreiches Bauland bereit zu halten und dafür erhebliche Darlehnszinsen aufzuwenden.

Aus Anlaß der am 15. Juli 1916 in Brüssel eröffneten Ausstellung über Wesen und Wirken der deutschen Arbeiterversicherung, über die im nächsten Jahre berichtet werden wird, hat der Verein ein „Merkblatt über gesundes Wohnen" herausgegeben und in der Abteilung für Arbeiterwohnungswesen ausgelegt. Um dem Merkblatt die weitere Verbreitung zu sichern, soll es mit den im nächsten Jahre zur Ausgabe kommenden Quittungskarten zur Weitergabe an die Versicherten verteilt werden.

Auch die übrigen mit uns in engster Verbindung stehenden Einrichtungen: Verband westf. Baugenossenschaften, westf. Bauvereinsbank und westf. Bauberatungsstelle haben im vergangenen Jahre eine rege Tätigkeit entfaltet. Kreise, die sich dafür interessieren, seien auf die Veröffentlichungen in Geschäfts- und Versammlungsberichten und im Westf. Wohnungsblatt aufmerksam gemacht.

4. Anträge auf Invalidenhauspflege sind auch in 1915 zahlreich gestellt worden, zum Teil wohl wegen der erheblichen Lebensmittelteuerung. 194 Pfleglinge wurden neu aufgenommen, darunter erfreulicher Weise auch 51 Lungenkranke. Unter Berücksichtigung des Abgangs im Laufe des Jahres waren Ende 1915 vorhanden 583 Pfleglinge, darunter 77 Lungenkranke. Gerade auf die Unterbringung lungenkranker Rentenempfänger hat die Landesversicherungsanstalt ihr besonderes Augenmerk gerichtet, um einer Uebertragung der Krankheit nach Möglichkeit vorzubeugen. Unter den neu aufgenommenen befinden sich auch 5 alkoholkranke Rentenempfänger, sodaß am Jahresschlusse sich 14 Männer und 2 Frauen in Pflege befanden. Zur Unterbringung dienen 139 auf die ganze Provinz verteilte Pflegeanstalten. Den zahlreichen Wünschen auf Unterbringung in der Heimat oder in deren Nähe konnte also durchweg entsprochen werden.

Die Gesamtausgabe betrug 208 033 Mark (1914: 259 080 Mark). Davon wurden durch Renten 91 400 Mark und durch Zuschüsse von anderer Seite 6836 Mark gedeckt. Die Aufwendung der Landesversicherungsanstalt stellte sich also auf 200 297 Mark (1914: 171 422 Mark).

Von der Waisenhauspflege ist leider nur in einem Falle Gebrauch gemacht. Um sie, namentlich in Rücksicht auf die Kriegswaisen, mehr zu fördern, ist unterm 1. April 1916 an sämtliche Versicherungsämter, Lungenfürsorge- und Gemeindekrankenpflegestellen, sowie an die Kontrollbeamten ein Rundschreiben gerichtet worden, in welchem unter ausführlicher Darlegung der Verhältnisse auf die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Landesversicherungsanstalt zur Unterbringung von Waisen und auf das Vorhandensein der erforderlichen Mittel hingewiesen wird. Beabsichtigt ist die Unterbringung in der Regel nicht in Anstalten, sondern in Familien ländlicher Verhältnisse, weil dadurch der gesundheitlichen Förderung der Kinder und einer ordentlichen Erziehung gegenüber städtischen Verhältnissen besser gedient wird. Anträge sind unmittelbar oder durch Vermittelung von Vereinen, Ortsbehörden usw. an die Landesversicherungsanstalt zu richten.

Was die Beitragseinnahmen anbetrifft, so gingen in 1915 für verkaufte Beitragsmarken 11 428 491 Mk. 67 Pfg. ein, gegen das Vorjahr (14 292 958 Mk. 10 Pfg.) also 2 864 466 Mk. 43 Pfg. weniger. Bei den vermehrten Einberufungen zum Heeresdienst mußte auch mit einem weiteren Rückgang an Beitragseinnahmen gerechnet werden. Im Vergleich zu den einzelnen Zeiten des Jahres 1914 stellt sich die Einnahme in den Monaten Januar bis einschl. Juli auf 72,79 Prozent, in den Monaten August bis Dezember auf 93,95 Prozent. Die Beiträge für polnische Zeitarbeiter betrugen 3877 Mk. 40 Pfg. (1914 8702 Mk. 36 Pfg.)

Die Berichtigung unrichtig geleisteter Beiträge verursachte wieder viel Arbeit, rund 174 000 Mk. mußten in kleinen Beträgen erstattet werden.

Zur Ueberwachung der Beitragsleistung waren Ende 1915 15 Kontrollbeamte vorhanden, die übrigen 11 befinden sich noch im Heeresdienst. Die an Stelle der früheren Kontrollvorschriften am 13. November 1914 vom Ausschusse beschlossenen und vom Reichsversicherungsamte genehmigten neuen Ueberwachungsvorschriften traten am 1. Januar 1915 in Kraft und mußten seitdem schon öfter angewendet werden.

Wegen Verstoßes gegen die Beitragspflicht und die Ueberwachungsvorschriften mußten 1704 Ordnungs- und Zwangsstrafen verhängt werden. Die Uebung, die Arbeitgeber zunächst aufzufordern, einen der verwirkten Strafe gleichkommenden Betrag an das Rote Kreuz zu zahlen, ist auch in 1915 fortgesetzt worden. Auf diese Weise konnten in 2532 Fällen dem Roten Kreuz rund 8600 Mk. zugeführt werden.

Auch gerichtliche Bestrafungen sind wieder nicht ausgeblieben. Wegen Vorenthaltung der Quittungskarte und wegen nochmaliger Verwendung bereits verwendet gewesener Marken wurden in 3 Fällen Geld- und Haftstrafen verhängt.

In der Anrechnung der Militärdienstzeit ist seit der vorigjährigen Veröffentlichung eine Aenderung eingetreten. Nicht allein den Zwangsversicherten, welche vor ihrer Einberufung berufsmäßig versicherungspflichtig bei regelrechter Markenverwendung gearbeitet haben, sondern auch den sich freiwillig versichernden Personen (Selbst- und Weiterversicherung) wird die Militärdienstzeit ohne Beitragsleistung angerechnet, wenn die Anwartschaft aufrecht erhalten ist oder nach den Vorschriften des Bundesrats vom 23. Dezember 1915 aufrecht erhalten wird.

Bei den Verwaltungskosten zeigt sich wieder die erfreuliche Erscheinung, daß sie hinter dem Reichsdurchschnitt wesentlich zurückbleiben. Die Ergebnisse der übrigen Versicherungsanstalten sind für 1915 vom Reichsversicherungsamte zwar noch nicht veröffentlicht, einen Anhalt bieten aber schon diejenigen für 1914. Die Kosten der eigenen Verwaltungseinrichtung (Verwaltungskosten im engeren Sinne) einschließlich der Kosten in Rentensachen bei den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern, der Quittungskarten, Beitragsmarken und Kontrolle (Verwaltungskosten im weiteren Sinne) betragen 7,13 Prozent der Beiträge — Reichsdurchschnitt für 1914: 9,06 Prozent — und 1,20 Mk. auf den Kopf der Versicherten — Reichsdurchschnitt für 1914: 1,48 Mk. —. Unter den 13 preußischen Versicherungsanstalten hat Westfalen die niedrigsten Verwaltungskosten.

Zum Schluß kann gesagt werden, daß die in langen Friedensjahren geschaffenen festen Grundlagen der Landesversicherungsanstalt auch so schweren Erschütterungen, wie der Krieg sie gebracht hat, standhalten, und daß man deshalb der weiteren Entwickelung der Anstalt mit fester Zuversicht entgegensehen kann.

Neugestaltung der Arbeitsnachweis-Organisation.

* Man schreibt uns: Der Verband Westfälischer Arbeitsnachweise hielt am 29. November 1916 im Landeshause in Münster unter dem Vorsitz des Herrn Landesrats Geh. Regierungsrat Dr. Schmedding als Vertreter des Herrn Landeshauptmanns Dr. Hammerschmidt, seine diesjährige Ausschußsitzung ab. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten, insbesondere nach Abnahme der Jahresrechnung des Verbandes für das Jahr 1915, nach Genehmigung des Haushaltsplanes für 1916, nach Aufnahme mehrerer neuer Verbandsmitglieder, nach Bewilligung von Beihülfen an angeschlossene Arbeitsnachweise, endlich nach Genehmigung des Geschäftsberichtes für 1915 **wurde vorzugsweise die Frage besprochen: ob in den Ausschuß Arbeitnehmer zuzuwählen sein möchten. Die Frage wurde bejaht. Demgemäß wurden die Herren Camps-Münster und Kahl-Dortmund als Mitglieder des Ausschusses gewählt.**

Von großer Bedeutung für den Ausbau und die Tätigkeit der Arbeitsnachweise wird der weitere Beschluß sein, welcher bestimmt, daß die Organisation von Zentralauskunftsstellen für Arbeitsnachweis im Verbandsgebiet eingeführt werden soll. Der Geschäftsstelle des Verbandes wird hiernach eine Zentralauskunftsstelle für Arbeitsnachweis für Westfalen und Lippe angegliedert werden. Der Zweck dieser Verbands-Zentralauskunftsstelle ist nach der in der Sitzung beschlossenen Geschäftsordnung, für die Dauer des Krieges und die nächste Zeit nach Abschluß des Friedens **die gegenseitige Unterstützung der im Verbandsgebiete errichteten Arbeitsnachweise und Förderung bei der Arbeitsvermittlung im engen Zusammenarbeiten mit allen nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen.** Insbesondere soll die Verbands-Zentralauskunftsstelle **eine Verständigung über die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage im Verbandsgebiet** herbeiführen. Für die Tätigkeit der Zentralauskunftsstelle wurde ein besonderer Beirat bestellt, dem neben dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer des Verbandes Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Handwerks- und Handelskammern, verschiedener Behörden und drei auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises besonders erfahrene Personen angehören. Die Zentralauskunftsstelle wird sich in Münster (Landeshaus) befinden. Bezirks-Zentralauskunftsstellen für Arbeitsnachweis werden eingerichtet in Bielefeld, Paderborn, Dortmund, Hagen, Recklinghausen und Münster (Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer).

Außerdem sollen in größeren Orten, in denen zahlreiche nicht gewerbsmäßige Arbeitsnachweise nebeneinander wirken, Ortszentralen nach Bedarf eingerichtet werden, zunächst in Bochum und Gelsenkirchen. Die so geschaffene Organisation wird nicht wenig dazu beitragen, das Kriegsdiensthilfsgesetz schnell zur Durchführung zu bringen, indem sie vorzüglich geeignet ist, die noch verfügbaren Arbeitskräfte auch der Heeresindustrie zuzuführen.

Für die Zeit nach Friedensschluß wird sie eine gedeihliche Zusammenarbeit aller in Frage kommenden Arbeitsnachweiseinrichtungen gewährleisten.

Verkaufsanzeigen über Lebens- und Futtermittel.

* Nach § 12 der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels vom 24. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 581) ist es verboten, ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde (in Preußen in solchen Orten, für die Preisprüfungsstellen bestehen, der Preisprüfungsstelle) in Zeitungen und anderen periodischen Druckschriften Kaufanzeigen zu erlassen, in denen Lebens- oder Futtermittel gesucht werden. Diese Vorschrift wird anscheinend vielfach irrtümlich dahin aufgefaßt, daß sie nur für Händler gelte. Diese Auffassung ist indessen, wie sich auch aus dem Wortlaut der fraglichen Bestimmung zweifelsfrei ergibt, nicht zutreffend. Auch derjenige, der Lebens- oder Futtermittel zum eigenen Verbrauch zu kaufen sucht, ebenso die Fabrik, die Lebensmittel für ihre Arbeiter sucht, bedarf der vorgeschriebenen Erlaubnis.

Herstellung von Pflaumenmus verboten.

* Im Sommer dieses Jahres ist viel Pflaumenmus, d. h. ein ohne Zucker stark eingekochtes Mus von Pflaumen in Privathaushaltungen und kleineren Betrieben hergestellt und zum Teil in den Verkehr gebracht worden. Zum Teil ist es den Vorräten der Haushaltungen einverleibt worden, weil es als guter und erfrischender Brotaufstrich gilt. Dagegen war nichts einzuwenden, wenn auch der Wunsch der Haushaltungen, sich mehr Pflaumenmus einzukochen, als in anderen Jahren, mit dazu beigetragen hat, daß die Marmeladenindustrie sich nicht so reichlich mit Pflaumen hat eindecken können, wie es erwünscht gewesen wäre und wie es an sich bei der guten Pflaumenernte hätte geschehen können. Es muß daher dafür gesorgt werden, daß die noch vorhandenen Pflaumenbestände in möglichst gestreckter Form in Brotaufstrich verwandelt werden, es darf nicht mehr das stark eingekochte Pflaumenmus hergestellt werden, denn zur Bereitung von Pflaumenmus gehört unverhältnismäßig viel Obst. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat demgemäß unter dem 27. November die gewerbliche Herstellung von Pflaumenmus, und zwar sowohl aus frischen Pflaumen, wozu auch Halbfabrikate (Pülpe) rechnen, wie aus gedörrten Pflaumen verboten. WTB

* **Von der Feuerwehr.** Im Monat November wurden 363 Krankentransporte, darunter 71 Unfalltransporte, ausgeführt. Befördert wurden 318 Personen. Die Zahl der mit ansteckenden Krankheiten beförderten Personen betrug 67 in 60 Transporten. Außerdem wurden im Monat November 1916 in 74 Transporten 93 verwundete Soldaten befördert. Von den Krankenwagen wurde eine Gesamtwegestrecke von 2047,7 Kilometer zurückgelegt. — Außerdem fanden im Monat November 29 Alarme statt. Diese wurden veranlaßt: 3 mal durch Großfeuer, 5 mal durch Mittelfeuer, 8 mal durch Kleinfeuer, 5 mal durch Schornsteinbrand, 4 mal durch blinden Lärm und 6 mal durch Unfug am Melder.

* **Die schnelle Abwickelung des Postschalterverkehrs** würde jetzt, wo immer mehr Beamte zu den Fahnen einberufen oder für die Feldpost notwendig sind, bedeutend gefördert werden, wenn der Absender die Einschreib- und Wertsendungen, Pakete und Postanweisungen vor der Auflieferung am Postschalter durch Aufkleben der Freimarken stets selbst freimachte. Besonders sollten dies die Einlieferer von Postanweisungen tun, da sie über die Höhe der auf der Rückseite jeder Postanweisung angegebenen Gebühren nicht im Zweifel sein können. Wer auf diese Weise, so schreibt man uns, dem Schalterbeamten vorarbeitet, kürzt die Wartezeit der nach ihm kommenden Auflieferer ab, fördert die Leistungsfähigkeit der Postanstalten und handelt zum vaterländischen Besten, das in der Gegenwart eine unaufhaltsame Ausnutzung der staatlichen Postdiensteinrichtungen mit möglichst wenig Arbeitskräften erheischt.

* **Das Schwurgericht** beschäftigte sich Mittwoch mit einem Totschlag, der sich in der Nacht zum 30. September d. J. an der Nord- und Lambachstraße ereignete. Der Arbeiter Rudolf Buchhold hatte mit seinem Vetter dem Schlosser Albert Schwarz, und mehreren Frauenspersonen eine Bierreise gemacht und nach seinen Angaben etwa 30 Glas Bier getrunken. Nachts um 12 Uhr stand Buchhold mit seinen Begleitern an der Ecke der Münster- und Lambachstraße, als die dem Schwarz nicht unbekannte Ehefrau des Bergmanns Fuchs des Weges kam und nach der Behauptung des Schwarz eine unpassende Bemerkung gemacht haben soll. Schwarz stürzte sich auf die Frau, mißhandelte sie durch Ohrfeigen, sodaß die Angegriffene flüchtend davonlief. An der Ecke der Lambach- und Nordstraße stellte Schwarz die Frau wieder, versetzte ihr abermals Schläge ins Gesicht und Schutz suchend stellte sich Frau Fuchs hinter den des Weges kommenden Plattenleger Josef Solf, der den Angreifer mit den Worten zurückwies: „Lassen Sie doch die junge Frau in Ruhe!" Schnell stürzte sich Schwarz auf Solf, es kam zu einem Kampf, wobei beide Personen auf den Boden stürzten und Solf auf seinen Gegner zu liegen kam. Buchhold, der aus einiger Entfernung dem Vorgange zuschaute, lief herbei, in der Hand einen Revolver, und schoß dem Plattenleger Solf drei Revolverkugeln in den Rücken, die den Brustkorb durchschlugen, Lunge und Milz sowie große Blutgefäße zerrissen. Solf, der Familienvater ist und 7 Kinder hat, war augenblicklich eine Leiche. Schwarz versetzte dem leblos am Boden liegenden Solf noch mehrere Fußtritte. Buchhold, der wegen Totschlags vor den Geschworenen steht, gab zu, den Revolver gebraucht zu haben, er zweifle aber daran, daß er bei Begehung der Tat seinen vollen Verstand gehabt habe, die ganze Sache komme ihm vor wie ein Traum und es tue ihm herzlich leid, daß ein armer Mann zu Tode gekommen sei und zwei Familien (der Angeklagte ist ebenfalls verheiratet) ihren Ernährer verloren hätten. Von der Sache sei ihm nur noch erinnerlich, daß nachts seine Schwester vor seinem Bett gestanden und gesagt habe: „Du hast im Delirium einen Menschen erschossen gib den Revolver heraus!" Der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Kohn, warf die Frage auf, weshalb denn der Urheber des traurigen Vorkommnisses nicht mit auf der Anklagebank stehe, denn Schwarz, der wegen Zuhälterei vorbestraft ist, habe eigentlich den Angeklagten auf dem Gewissen. Buchhold hat einen schweren Sprachfehler, und da festzustellen war, ob diese Tatsache auf den Geisteszustand von Einfluß sein könne, wurde der Rektor der Stotterschule in Dortmund gehört. Derselbe erklärte, Personen mit starken Sprachfehlern seien leicht erregbar, es träten dabei Erscheinungen zu Tage, die mit epileptischen Anfällen zu vergleichen seien. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Hanke, beantragte das Schuldig wegen Totschlags, während der Verteidiger, Justizrat Kohn, für Bejahung der Frage nach Körperverletzung mit Todeserfolg eintrat. Die Geschworenen verneinten die Hauptschuldfrage und sprachen den Angeklagten nur der Körperverletzung mit Todeserfolg schuldig, billigten ihm aber keine mildernden Umstände zu. Der Vertreter der Anklage brachte gegen den Angeklagten die gesetzlich höchst zulässige Strafe, nämlich 5 Jahre Gefängnis, in Antrag. Das Urteil lautete dementsprechend; wegen verbotenen Waffentragens erhielt der Angeklagte 1 Tag Gefängnis. 2 Monate 1 Tag wurden auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. Von seinem im Zuhörerraum stark vertretenen Anhang nahm der Angeklagte Abschied, indem er diesem „Servus!" zurief.

* **Salatöl-Ersatz-Wucher.** Vor dem Schöffengericht in Hörde hatte sich einer jener „Wohltäter der Menschheit" zu verantworten, die irgend ein wertloses Gemisch in den Handel bringen, angeblich um die Bevölkerung aus dem Dalles der Lebensmittelknappheit zu befreien, in Wirklichkeit, um sich die Taschen zu füllen. Es handelte sich um den Kaufmann Josef Bockhaus aus Dortmund, der anfangs dieses Jahres einen sogenannten Ersatz für Salatöl verfertigte. Infolge Beschwerden der Käufer wurde dieser „Salatölersatz" von einem Chemiker unter die Lupe genommen und einer näheren Untersuchung unterzogen. Der Sachverständige stellte fest, daß die ganze Flüssigkeit aus einem Pflanzenschleime ohne jede Spur von Nährwert, aus 98 Prozent Wasser und 1 Prozent Asche bestand, deren Herstellungskosten sich nur auf einige Pfennige beliefen. Bockhaus vertrieb diese Flüssigkeit pro Liter für 1,20—1,60 Mk., unter Berechnung von 20 Pfg. Provision pro Liter für den Reisenden. Die Staatsanwaltschaft schritt gegen Bockhaus ein, weil er für einen Gegenstand des täglichen Bedarfs Preise gefordert hat, welche unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthielten. B. erhielt einen Strafbefehl, wogegen Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beansprucht wurde. Es blieb aber bei der festgesetzten Strafe von 150 Mark oder 30 Tage Gefängnis. Der Amtsanwalt hatte eine Erhöhung der Strafe auf 300 Mark beantragt.

Derne. Am Donnerstag den 7. Dezember werden in den bekannten Markenausgabestellen Petroleummarken ausgegeben, und zwar in Altenderne-Niederbecker von 9—11½ Uhr vormittags, Gahmen von 2—5 Uhr nachmittags, Altenderne-Oberbecker (Kolonie) von 9—11½ Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags, Altenderne-Oberbecker (Bahnhofsstraße usw.) von 9—11 Uhr vormittags und Kirchderne von 3—5 Uhr nachmittags. Es können nur solche Personen Petroleum erhalten, welche den Bedarf schriftlich und rechtzeitig dem Amte angezeigt haben; alle anderen werden zurückgewiesen.

Derne. Wie aus vielen, täglich sich wiederholenden Anfragen hervorgeht, bestehen immer noch Zweifel über den Bezug von Brotzulagemarken. Die Brotmarkenverteilungsstellen sind nur zur Abgabe von Zulagekarten für die Schwerarbeiter und für Personen im Alter von 12—17 Jahren berechtigt. Erstere erhalten wöchentlich 4 Marken zu 2 Pfund Brot, letztere wöchentlich 2 Marken zu 1 Pfund Brot. Irgendwelche Zulagen für Minderschwerarbeiter dürfen nicht mehr gewährt werden. Zulagen für Schwerstarbeiter und Ueberschichten für Bergarbeiter unter Tage dürfen nur von den Zechenverwaltungen ausgegeben werden. Durch die Brotmarkenverteilungsstellen des Amtes werden in Zukunft nur Zulagen für Schwerarbeiter und Jugendliche von 12—17 Jahren ausgegeben; alle Bemühungen um Erlangung weiterer Zulagen aus anderen Gründen sind daher zwecklos. Für abhanden gekommene Marken wird nur dann Ersatz geleistet, wenn feststeht, daß sie vernichtet sind oder wenn der Besitzer völlig schuldlos an dem Verlust ist. Letzteres wird als nicht zutreffend angenommen, wenn die Marken in den Wohnungen an jedermann leicht zugänglicher Stelle aufbewahrt oder auf der Straße und in den Geschäften offen in Körbchen getragen worden sind.

Altenderne-Niederbecker. Am 24. Februar d. J. brannte ein Stallgebäude des Bergmanns Zipp total nieder, das Vieh wurde durch die schnell herbeigeeilten Nachbarn gerettet und auch Zipp selbst, der im angrenzenden Wohnhause schlief, konnte noch zeitig genug geweckt werden, so daß er jeder Gefahr entging. Als Brandstifterin kam die 16 Jahre alte Tochter Emma Zipp in Frage, die als Ursache ihrer Handlungsweise schlechte Behandlung durch ihren Vater angibt. Das Mädchen erklärte, sie habe auch von ihrem Dienstherrn Schläge bekommen, und wenn sie klagend zu ihrem Vater gegangen sei, dann sei sie von diesem gescholten und geschlagen worden. Sie habe dann aus Mißmut über die Behandlung den Rat einer Frau befolgt, die ihr gesagt habe: „Steck doch dem Alten über Nacht die Bude in Brand!" Sofort nach der Tat habe sie ihre Handlungsweise bitter bereut und habe sich alle Mühe gegeben, den nebenan schlafenden Vater außer Gefahr zu bringen. Da die Mutter der Angeklagten sich in einer Heilanstalt befindet, ist auch die wegen Brandstiftung Angeklagte auf ihren Geisteszustand geprüft worden. Da sie voll verantwortlich war, mußte eine Bestrafung eintreten, das Gericht ließ es indessen bei einer Gefängnisstrafe von 1 Monat bewenden.

Lünen. Am 10., 17. und 24. d. Mts. sind die Geschäfte wegen des bevorstehenden Weihnachtsfestes bis 7 Uhr abends geöffnet. Am 16., 18., 19., 20., 21., 22., 23. und 30. Dezember cr. ist der Ladenschluß auf 10 Uhr abends festgesetzt.

Lünen. Der Bürgermeister erläßt folgende Bekanntmachung: Am Sonntag, den 10. Dezember findet die Eröffnung der **Volksküche Nr. 4 im Elbracht'schen Saale,** an der Langestraße, statt. Von diesem Zeitpunkte an haben sämtliche Kinder, die bisher Teilnehmer der Volksküche 2 waren, an der Speisung in der Volksküche Nr. 4 teilzunehmen. In der Volksküche Nr. 2 werden von diesem Tage ab nur noch Speisen an Erwachsene und zur Abholung verabfolgt.

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Mehlich; für den Inseratenteil: R. Umbreit; Druck und Verlag: Gerisch u. Co., G. m. b. H., sämtlich in Dortmund.